

SV SparkassenVersicherung

2010

GESCHÄFTSBERICHT

SV LEBENSVERSICHERUNG AG

INHALT

AUFSICHTSRAT	4
VORSTAND	5
LAGEBERICHT	6
Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kapitalmärkte	6
Wichtige Vorgänge der Gesellschaft	8
Geschäftsverlauf	8
Unternehmensverbund	12
Personal- und Sozialbericht	13
Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung	14
Nachtragsbericht	18
Ausblick	18
VERSICHERUNGSARTEN	19
BEWEGUNG DES BESTANDES AN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2010	20
BILANZ	24
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	26
ANHANG	28
Grundsätzliche Rechtsvorschriften	28
Umstellungseffekte aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG zum 01.01.2010	28
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	29
Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen	32
Angaben zur Bilanz	34
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	43
Sonstige Angaben	44
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	45
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	46
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	47
ÜBERSCHUSSANTEILE FÜR DIE VERSICHERTEN IN 2010	48
Kapitalbildende Lebensversicherungen	49
Risikoversicherungen	55
Rentenversicherungen	57
Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz	60
Fondsgebundene Kapital- und Rentenversicherungen	62
Berufsunfähigkeitsversicherungen (SBV) der Tarifwerke 1968 und 1994	62
Berufsunfähigkeitsversicherungen (SBV) der Tarifwerke ab 2000 und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ)	63
Unfallzusatzversicherungen (UZV)	65
Risikozusatzversicherungen (RZV)	65
Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen und integrierte Hinterbliebenenversorgung	66

AUF SICHTSRAT

Volker Wirth	Vorsitzender (seit 25.06.2010) Vorsitzender der Sparkasse Singen-Radolfzell, Singen
Volker Wopperer	Vorsitzender (bis 25.06.2010) ehem. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Kraichgau, Bruchsal
Peter Schneider, MdL	1. Stv. Vorsitzender Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart
Georg Sellner	2. Stv. Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands der Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt
Werner Allgöwer	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Bodensee, Friedrichshafen
Norbert Berg	Stv. Vorsitzender des Betriebsrats Wiesbaden * (seit 25.06.2010)
Wolfgang Bergenthum	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Gießen
Lothar Broda	Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Tuttlingen
Gisela Buck	ehem. 2. Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Stuttgart * (bis 25.06.2010)
Andreas Deeg	Vorsitzender des Betriebsrats der SV Informatik GmbH, Stuttgart * (bis 25.06.2010)
Rüdiger Dohndorf	Landrat Sömmerda
Alois Früchtl	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Fulda
Dirk Gaerte	Landrat Sigmaringen (seit 25.06.2010)
Werner Gassert	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hohenlohekreis, Künzelsau
Harald Kaiser	Mitglied des Betriebsrats Stuttgart * (seit 25.06.2010)
Michael Kallweit	Vorsitzender des Betriebsrats Wiesbaden *
Horst Kary	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau, Freiburg
Hubert Klement	Vorsitzender der Gesamtbetriebsräte der SV Holding AG und der SV Lebensversicherung AG, Stuttgart *
Jochen Knöpfle	Vorsitzender des Betriebsrats Mannheim *
Dirk Krause	Mitglied des Betriebsrats Stuttgart * (seit 25.06.2010)
Hans Mihailowitsch	Sachbearbeiter, Leben/Mathematik, Bestandscontrolling, Stuttgart * (bis 25.06.2010)
Gottfried Moser	Bürgermeister Wolfach

Dieter Petzold	2. Stv. Vorsitzender des Betriebsrats Mannheim *
Karlheinz Ritter	Geschäftsstellenleiter Ettenheim * (bis 25.06.2010)
Michael W. Schmidt	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Worms
Franz Weber	Landrat a. D., Rechberghausen (bis 25.06.2010)
Wolfgang Vockel	Bürgermeister Tauberbischofsheim

* Vertreterin bzw. Vertreter der Arbeitnehmer

VORSTAND

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl	Vorsitzender Konzernstrategie/Konzernsteuerung/Risikomanagement, Controlling/Unternehmens- planung, Personal, Recht/Kommunikation/Vorstandssekretariat, Revision
Dr. Stefan Korbach	Kundenservice
Sven Lixenfeld	Leben, Informationstechnologie
Gerhard Müller	Vertrieb
Dr. Michael Völter	Finanzen, Rückversicherung, Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung
Dr. Klaus Zehner	Schaden/Unfall

LAGEBERICHT

ENTWICKLUNG DER GESAMTWIRTSCHAFT UND DER KAPITALMÄRKTE

Volkswirtschaft

Das wirtschaftliche Geschehen wurde im Jahr 2010 durch zwei gegenläufige Entwicklungen bestimmt. Zum einen hat sich die Weltkonjunktur aus dem Tief des Jahres 2009 befreit und ein starkes Aufholwachstum gezeigt. Zum anderen waren immer noch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise spürbar. Steigende Schuldenberge in den Staatshaushalten Europas haben eine Diskussion um den Euro entfacht, welche wesentlichen Einfluss auf die Kapitalmarktentwicklung hatte.

Die **Weltkonjunktur** 2010 war von einem moderaten Aufschwung gekennzeichnet, der allerdings nach wie vor von den weltweiten Konjunkturprogrammen positiv beeinflusst wurde. Insgesamt konnte nach vorläufigen Berechnungen ein Wachstum von 4,8 % verzeichnet werden, nachdem die Weltwirtschaftsleistung 2009 noch um 0,9 % zurückgegangen war. Damit ist konjunkturell die Krise der vergangenen Jahre überwunden. Allerdings zeigten sich regional deutliche Unterschiede.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den **USA** verlief verhalten. Die Arbeitsmarktdaten fielen überwiegend ernüchternd aus und wurden am Markt als negatives Zeichen für den privaten Konsum und damit für die US-Konjunktur interpretiert. Der US-amerikanische Immobilienmarkt lieferte nach Auslaufen von Steuervergünstigungen diverse Beweise dafür, dass die Krise hier bei weitem noch nicht überwunden war. So bewegten sich die Baugenehmigungen im vergangenen Jahr weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Im Jahresverlauf weiteten sich so die Sorgen vor einem erneuten Abgleiten der US-Konjunktur in eine Rezession aus. Die US-Notenbank sah sich letztlich im Herbst gezwungen, eine Fortsetzung der expansiven Geldpolitik anzukündigen. Das Jahr 2010 hat die USA mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,8 % abgeschlossen, das sich jedoch angesichts des starken Rückgangs im Vorjahr relativiert.

Auch um **China** als mittlerweile zweitgrößte Volkswirtschaft nach den USA wurden Konjunktursorgen laut. Im späteren Jahresverlauf verdichteten sich die Anzeichen, dass sich die bislang auf Hochtouren laufende Konjunktur abschwächt und zukünftig leicht geringere Wachstumsraten zu erwarten sind. Im Jahr 2010 dürfte das Bruttoinlandsprodukt Chinas jedoch um rund 10 % gestiegen sein. Für die **Schwellenländer** insgesamt lässt sich für 2010 ein erfreuliches Wachstumsfazit ziehen. In vielen asiatischen Regionen lag die Wirtschaftsleistung bereits auf einem höheren Niveau als vor Beginn der Krise im September 2008. Die starke Binnennachfrage wurde dabei durch eine positive demografische Entwicklung begünstigt. Dies führte durch den Welthandel zu positiven wirtschaftlichen Impulsen in den USA und Europa.

Europa und insbesondere **Deutschland** konnte vor diesem Hintergrund einen sehr starken Export verzeichnen und nach

dem tiefen Einschnitt des Vorjahres wieder auf den Wachstumspfad einschwenken. Nach vorläufigen Berechnungen ist die Wirtschaft in der Europäischen Union um 1,8 % gestiegen. Deutschland dürfte sich dabei mit einem Anstieg von 3,6 % als Lokomotive Europas erweisen und das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung erzielt haben. Entsprechend positiv waren die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Noch nie waren im Jahresdurchschnitt so viele Personen beschäftigt wie im vergangenen Jahr. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass Deutschland sich erst gerade von der schwersten Rezession der Nachkriegszeit erholt hat. Hier zeigten wohl auch die umfassenden Reformen der Sozial-, Arbeits- und Unternehmensgesetze in den vergangenen Jahren ihre Wirkung. Auch der intensive Einsatz von Kurzarbeit konnte Entlassungen in der Rezession vermeiden und einen raschen Aufschwung fördern.

Allerdings wurden 2010 auch die negativen Auswirkungen gesunkener Einnahmen in der Krise sowie gestiegener Ausgaben aufgrund der staatlichen Konjunkturmaßnahmen deutlich. Die Staatshaushalte in Europa weisen mittlerweile hohe Defizite auf, die manche Länder an ihre Belastungsgrenze brachten. Die Regierungen sahen sich daher gezwungen, einen europäischen Rettungsschirm aufzuspannen, um betroffene Staaten zu stützen. Damit sollte eine europaweite Wirtschafts- und Währungs Krise verhindert werden. Nachdem Griechenland sich im Frühjahr als erstes Land unter den Rettungsschirm begeben musste, zwangen die ausufernde Staatsverschuldung und die zunehmenden Refinanzierungsprobleme gegen Jahresende auch Irland zu diesem Schritt. In Folge dessen wurde auch die Zukunft der Gemeinschaftswährung an den Kapitalmärkten thematisiert. Dies führte zeitweise zu starken Kursbewegungen bei Aktien, Renten und Währungen.

Im Jahr 2010 verzeichneten die meisten Anlageklassen rund um den Globus Kursgewinne. So konnten die internationalen **Aktienmärkte** insgesamt ihren Aufwärtstrend fortsetzen. Zeitweise lösten jedoch vor allem die sich zuspitzende Euro-Krise und Sorgen um ein erneutes Abgleiten in die Rezession scharfe Kursrückschläge aus.

Regional zeigten sich stark unterschiedliche Entwicklungen. In Europa schloss der Euro Stoxx 50 das Börsenjahr mit einem Minus von 4 % ab, während der DAX mit +16 % eine deutlich bessere Rendite verzeichnete. Deutschland hob sich damit positiv unter den großen lokalen europäischen Aktienmärkten ab. In den USA erfüllte der S&P 500 mit einem Kursanstieg von 13 % die Erwartungen. Die japanischen Börsen schlossen hingegen gemessen am Nikkei mit einem Minus von 3 %.

Als deutlicher Impulsgeber erwies sich speziell am deutschen und amerikanischen Aktienmarkt die erfreuliche Zunahme der Unternehmensgewinne. Klassische Bewertungskennzahlen wie das Kurs-Gewinn-Verhältnis bewegten sich im Gesamtjahr 2010 auf einem attraktiven, d. h. verhältnismäßig niedrigen Niveau. Gerade zum Jahresende hin zogen die Aktienmärkte daher deutlich an.

Die Preise der **Rohstoffe** sind auch 2010 gestiegen. Der Ölpreis war in der ersten Jahreshälfte noch von Befürchtungen beeinflusst, dass die Weltwirtschaft erneut in eine Rezession abgleitet. Letztendlich führte jedoch die hohe Nachfrage der stark wachsenden Schwellenländer sowie der strenge Winter gegen Ende des Jahres zu einem kräftigen Anstieg des Ölpreises. Im Vergleich zum Vorjahr verteuerte sich die Sorte Brent auf rund 94 US-Dollar je Fass (+11 %). Edelmetalle setzten ihren Kursanstieg ebenfalls fort. Der Goldpreis profitierte insbesondere von Inflationsbefürchtungen durch die Schuldenkrise in Europa und der weltweit anhaltend expansiven Geldpolitik. Im Jahresvergleich kletterte der Goldpreis um rund 30 % auf 1.419 US-Dollar. 2010 war damit das zehnte Jahr in Folge, in dem der Goldpreis zugelegt hat.

Auch an den **Anleihenmärkten** war die Schuldenkrise bestimmender Faktor. Die Risikoaufschläge für in die Schlagzeilen geratenen Staaten des Euroraums haben sich im Jahr 2010 drastisch ausgeweitet. Während 10-jährige griechische Anleihen zu Beginn des Jahres noch eine Rendite von 5,7 % abwarfen, musste sich der griechische Staat am Ende des Jahres Geld zu einem Satz von rund 12,5 % leihen. Deutsche Bundesanleihen hingegen galten als sicherer Hafen. Zwischenzeitlich notierten 30-jährige Papiere auf einem Rekordtief von nur noch 2,64 %. Bundesanleihen haben sich damit im zweiten Jahr nacheinander von der positiven Konjunkturentwicklung vollständig abgekoppelt. Erst gegen Ende des Jahres zogen die Sätze leicht an und spiegelten damit die positive wirtschaftliche Entwicklung wider. Auch waren die Märkte zunehmend besorgt, ob die wirtschaftlich starken Länder in Europa die Last der schwächelnden Staaten langfristig tragen können. Insgesamt ist die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen von 3,4 % zu Jahresbeginn auf 3,0 % am Jahresende gesunken.

Für Versicherungsunternehmen wurde es aufgrund der niedrigen Zinsen auch 2010 immer schwieriger, langfristig eine auskömmliche Rendite zu erzielen, ohne gewisse Risiken einzugehen. Insbesondere nachrangige Bankanleihen haben sich in den letzten Jahren als durchaus risikobehaftetes Investment gezeigt und die Kapitalanlagerendite der Unternehmen belastet.

Versicherungswirtschaft

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte hat sich im Jahr 2010 deutlich verbessert. Dazu beigetragen hat die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt infolge der gesamtwirtschaftlichen Erholung. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen in der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum gestiegen ist, ging sie im Verlauf des Jahres 2010 deutlich zurück. Hiermit einher stieg das verfügbare Einkommen und das Konsumklima verbesserte sich. Dies wiederum begünstigte die Nachfrage nach Versicherungsschutz. Die Geldanlage bei Versicherungen entwickelte sich sehr stabil. Dies ist insbesondere ein Indiz für die gute Wettbewerbsfähigkeit der Lebensversicherung im Vergleich zu anderen Anlagearten. Hierdurch ist auch das Geschäftsklima in der

Lebensversicherungsbranche günstiger als in anderen Bereichen der Wirtschaft. Es wird gestützt von einem außerordentlich dynamischen Einmalbeitragswachstum. Der deutsche Markt passte sich dabei der Situation auf vielen anderen europäischen Märkten an.

Dagegen war das Neugeschäft mit laufendem Beitrag rückläufig. Nach wie vor besteht bei den privaten Haushalten eine Zurückhaltung gegenüber längerfristigen Geldanlagen.

Im Einzelnen stellt sich das abgelaufene Geschäftsjahr 2010 nach den vom GDV veröffentlichten Zahlen wie folgt dar:

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge sank um 0,2 % auf 6,13 Mio. Stück (Vj. 6,15 Mio. Stück). Der Neuzugang wies eine Versicherungssumme von 256,6 Mrd. Euro (Vj. 241,8 Mrd. Euro), Einmalbeiträge von 26,4 Mrd. Euro (Vj. 19,7 Mrd. Euro) und laufende Beiträge für ein Jahr von 5,7 Mrd. Euro (Vj. 5,8 Mrd. Euro) auf. Dies entspricht einem Anstieg der Versicherungssumme um 6,1 % und der Einmalbeiträge um 33,9 %. Bei den laufenden Beiträgen war ein Rückgang von 2,7 % zu verzeichnen.

Der Neuzugang bei dem förderfähigen Produktsegment »Riester-Rente« belief sich auf insgesamt 1,0 Mio. Verträge (Vj. 1,2 Mio. Verträge) und lag damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (-15,4 %). Der laufende Jahresbeitrag der eingelösten Versicherungsscheine belief sich auf 0,55 Mrd. Euro (Vj. 0,60 Mrd. Euro). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 9,0 % (Vj. Rückgang von 25,0 %).

Im Neugeschäft der gleichfalls staatlich geförderten Basisrenten wurden im Geschäftsjahr 218,2 Tsd. Verträge (-6,8 %) mit einem laufenden Jahresbeitrag von 0,5 Mrd. Euro (-4,6 %) neu abgeschlossen. Die versicherte Summe nahm um 6,5 % auf 8,8 Mrd. Euro ab. Das Gros der Verträge (rund 109.700 Stück) wurde als Einzelrentenverträge abgeschlossen.

Die gebuchten Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Geschäfts (ohne Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung) beliefen sich auf 87,2 Mrd. Euro (Vj. 81,4 Mrd. Euro). Dies entspricht einem Zuwachs um 7,1 %. Während die laufenden Beiträge um 1,6 % abnahmen, stiegen dagegen die Einmalbeiträge um 33,7 % an.

Der Versicherungsbestand betrug nach Versicherungssumme 2.592,2 Mrd. Euro (+2,2 %) und nach laufendem Beitrag 61,3 Mrd. Euro (-0,5 %). Die Stornoquote sank auf 5,4 % (Vj. 6,2 %).

Die an die Versicherungsnehmer ausgezahlten Leistungen erreichten eine Höhe von 72,4 Mrd. Euro (Vj. 71,2 Mrd. Euro). Der Zuwachs der Leistungsverpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern stieg um 6,4 % auf 35,6 Mrd. Euro.

WICHTIGE VORGÄNGE DER GESELLSCHAFT

In den ersten Monaten des Geschäftsjahres 2010 stieg das Neugeschäft nach Einmalbeiträgen stark an. Die SVL hat daraufhin Ende März das Geschäft mit Laufzeiten unter fünf Jahren geschlossen und ab Ende April wurden diese Verträge nur noch mit einer reduzierten Gesamtverzinsung in den ersten fünf Jahren angeboten.

Um die Durchdringung der Rahmenverträge im zukunftssträchtigen bAV-Segment zu verbessern, wurde auch im Jahr 2010 konsequent daran gearbeitet, geeignete Strukturen zu schaffen. So bieten spezialisierte bAV-Beratungsteams die Möglichkeit einer detaillierten und professionellen Beratung insbesondere im komplexen bAV-Geschäft.

Im sparkassenbetreuenden Außendienst des Geschäftsgebietes Hessen-Thüringen wurde im Geschäftsjahr eine Geschäftsstellenstruktur an Stelle der bisher vorherrschenden singulären Struktur der Bezirksleiter eingeführt. Mit dem Start der neuen Geschäftsstellen zum 01.01. des Folgejahres wurde das letzte große Fusionsprojekt im Vertrieb umgesetzt.

Im Geschäftsjahr wurde das Projekt »PROMPT Prozesse, Mitarbeiter, Produkte, Technik« gestartet mit dem Ziel, die Prozesse in der Lebensversicherung und im Vertrieb zu optimieren.

GESCHÄFTSVERLAUF

Gesamtergebnis

Im Geschäftsjahr 2010 konnten die gebuchten Bruttobeiträge um 639,0 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf 2.203,5 Mio. Euro gesteigert werden. Dies ist weiterhin auf den Trend von Neugeschäft mit Rentenversicherungen gegen Einmalbeiträge zurückzuführen, welche im Geschäftsjahr um 661,0 Mio. Euro angestiegen sind. Vor allem im ersten Quartal des Geschäftsjahres wurden vermehrt Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren abgeschlossen. Diesem Trend ist die Gesellschaft durch Einstellung dieser Produktart entgegengetreten.

Ein deutlicher Rückgang hingegen ist im Bereich der kapitalbildenden Versicherungen zu verzeichnen. Die fondsgebundenen Versicherungen sind in etwa auf Vorjahresniveau. Positiv haben sich auch die Risikoversicherungen sowie die Riester-Verträge entwickelt. Diese erfreuliche Tendenz kann aber nicht den sinkenden Bestand und das rückläufige Neugeschäft gegen laufenden Beitrag im Bereich der kapitalbildenden Versicherungen kompensieren.

Weiterhin erfreulich entwickelt sich das Geschäft der betrieblichen Altersversorgung. So konnte auch im Jahr 2010 die Beitragssumme im bilanzwirksamen bAV-Geschäft um 37,8 % (Vj. 10,5 %) gesteigert werden. Zukünftig müssen zwei Geschäftsfelder im Markt abgedeckt werden. Im Standardgeschäft ist vor

allem die klassische Entgeltumwandlung eine wichtige Säule für ein kontinuierliches Wachstum. Neben dem Standardgeschäft hat aber auch das Spezialgeschäft mit der Einrichtung von Versorgungswerken und der Ausfinanzierung und Auslagerung von Pensionsverpflichtungen an Bedeutung gewonnen. Darüber hinaus steht die Gesellschafter-Geschäftsführer-Versorgung sowie das Thema Wertkonten im Fokus. Da die SVL hier mit ihrer strategischen Ausrichtung und der SV bAV Consulting GmbH sehr gut aufgestellt ist, ergeben sich auch zukünftig Potenziale im Bereich der betrieblichen Altersversorgung.

Der Abgang ist geprägt durch weiterhin hohe Ablaufleistungen. Die Abgänge durch Stornofälle konnten im Geschäftsjahr deutlich auf 4,8 % (Vj. 5,7 %) gesenkt werden. Die Stornoquote ist damit geringer als der Branchendurchschnitt, der bei 5,4 % liegt.

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren 2010 nur noch geringfügig spürbar. Die Gesellschaft hat insgesamt ein gutes Kapitalanlageergebnis in Höhe von 731,1 Mio. Euro (Vj. 638,7 Mio. Euro) erwirtschaftet. So kann wie in den Vorjahren den Versicherungsnehmern erneut eine attraktive und sichere Verzinsung der Sparanteile zugeteilt werden.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde 2010 ein deutlich höherer Gesamtüberschuss von 296,2 Mio. Euro (Vj. 206,4 Mio. Euro) erwirtschaftet.

Vom Gesamtüberschuss wurden 271,2 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. 25,0 Mio. Euro (Vj. 20,0 Mio. Euro) wurden aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags an die SVH abgeführt.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge sind um 639,0 Mio. Euro bzw. 40,8 % auf 2.203,5 Mio. Euro (Vj. 1.564,5 Mio. Euro) gestiegen. Dieser Zuwachs resultiert aus der Zunahme der Einmalbeiträge um 661,0 Mio. Euro auf 1.173,4 Mio. Euro (Vj. 512,5 Mio. Euro).

Die laufenden gebuchten Bruttobeiträge sind um 2,2 % auf 1.030,1 Mio. Euro (Vj. 1.052,0 Mio. Euro) gesunken. Das Neugeschäft (nach laufendem Beitrag) konnte die hohen regulären Beitragsabläufe insbesondere der Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer aus dem Jahre 2004 nicht kompensieren.

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung haben sich im Berichtsjahr um 11,7 Mio. Euro auf 111,2 Mio. Euro reduziert.

Die Gesamtbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 37,2 % auf 2.314,7 Mio. Euro gestiegen.

Versicherungsleistungen

An die Versicherungsnehmer wurden Versicherungsleistungen in Höhe von 1.486,5 Mio. Euro (Vj. 1.466,1 Mio. Euro) erbracht.

Dies entspricht einem gestiegenen Auszahlungsvolumen von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Hiervon entfielen 929,6 Mio. Euro (Vj. 860,1 Mio. Euro) – und damit 8,1 % mehr als im Vorjahr – auf Ablaufleistungen. Auf Todes- und Heiratsfälle entfielen 57,4 Mio. Euro (Vj. 59,4 Mio. Euro), auf Leistungen aus Rentenversicherungen und Berufsunfähigkeits(zusatz)versicherungen 196,2 Mio. Euro (Vj. 173,1 Mio. Euro). Für Rückkäufe wurden im Berichtsjahr 303,3 Mio. Euro (Vj. 373,5 Mio. Euro) aufgewendet. Die Aufwendungen für die Abwicklung der Versicherungsleistungen sind um 3,4 % auf 12,2 Mio. Euro (Vj. 11,8 Mio. Euro) gestiegen.

Für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer wurden im Berichtsjahr 272,7 Mio. Euro (Vj. 242,0 Mio. Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Aufwendungen Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 179,3 Mio. Euro (Vj. 158,8 Mio. Euro) setzen sich aus 131,1 Mio. Euro (Vj. 114,5 Mio. Euro) Abschlussaufwendungen und 48,2 Mio. Euro (Vj. 44,3 Mio. Euro) Verwaltungsaufwendungen zusammen. Für den absoluten Anstieg der Abschlussaufwendungen ist die starke Zunahme des Neugeschäfts verantwortlich. Der absolute Anstieg der Verwaltungsaufwendungen ist u.a. infolge der Beitragsentwicklung auf eine erhöhte Kostenbeteiligung der SVL an den Vertriebskosten der SVH zurückzuführen.

In Relation zur Neugeschäfts-Beitragssumme betragen die Abschlussaufwendungen hingegen 47,1 ‰ (Vj. 54,1 ‰). Der Rückgang der Abschlusskostenquote ist auf das gestiegene Neugeschäftsvolumen gemessen an der Beitragssumme zurückzuführen. Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen auf 2,2 % (Vj. 2,8 %).

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen (ohne Erträge aus Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherung) haben sich um 20 % auf 756,9 Mio. Euro (Vj. 630,7 Mio. Euro) deutlich erhöht. Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,15 % (Vj. 4,37 %) und im Durchschnitt der letzten drei Jahre von 4,29 %. Die Nettoverzinsung beträgt 4,30 % (Vj. 3,71 %) und im Durchschnitt der letzten drei Jahre 3,68 %. Damit konnte ein gutes Kapitalanlageergebnis erwirtschaftet werden.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren im Geschäftsjahr weitaus geringer spürbar als noch im vergangenen Jahr. Außerplanmäßige Abschreibungen mussten noch in Höhe von 35,0 Mio. Euro vorgenommen werden, nachdem die Belastung im Vorjahr bei 149,7 Mio. Euro lag. Gleichzeitig konnten in den vergangenen Geschäftsjahren abgeschriebene Kapitalanlagen um insgesamt 13,2 Mio. Euro (Vj. 29,5 Mio. Euro) wieder zugeschrieben werden.

Steuern

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Steueraufwand in Höhe von 26,8 Mio. Euro (Vj. 30,5 Mio. Euro). Im Wesentlichen ist dies auf steuerlich nicht anerkannte Abschreibungen auf Immobilienfonds, Beteiligungsunternehmen, Schuldscheindarlehen sowie dem gegenüber dem Vorjahr um fünf Mio. Euro höheren Jahresergebnis zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat durch den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags seit 01.01.2009 eine ertragssteuerliche Organschaft mit der SVH. Aufgrund dieses Vertrages wird der Ertragsteueraufwand für das Geschäftsjahr 2010 als Körperschaft- und Gewerbesteuer-Organschaftsumlage ausgewiesen.

Jahresüberschuss

Die Gesellschaft hat ihr erwirtschaftetes Jahresergebnis in Höhe von 25 Mio. Euro an die SVH abgeführt. Eine entsprechende Verbindlichkeit gegenüber der SVH wurde eingestellt.

Finanzlage

Hauptziel des Finanzmanagement ist es, die Zahlungsfähigkeit sowohl kurzfristig als auch dauerhaft zu sichern. Die aus den Versicherungs- und sonstigen Verträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen sollen zu jeder Zeit erfüllbar sein. Hierzu werden die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse kontinuierlich geplant und überwacht. Das Vermögen wird dabei so angelegt, dass eine möglichst hohe Sicherheit und Rentabilität bei ausreichender Liquidität unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung erreicht wird.

Die Gesellschaft konnte ihre aus den Versicherungs- und sonstigen Verträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen im Berichtsjahr jederzeit uneingeschränkt erfüllen. Auch aktuell sind keine Liquiditätsengpässe erkennbar.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital ohne im Bilanzgewinn enthaltene Aktionärsdividende) beträgt wie im Vorjahr 207,2 Mio. Euro. In Relation zur Deckungsrückstellung sinkt die Eigenkapitalquote von 1,32 % im Vorjahr auf 1,24 %.

Die Solvabilitätsspanne beträgt 743,7 Mio. Euro (Vj. 699,1 Mio. Euro). Die Überdeckung liegt nunmehr bei 179 % (Vj. 192 %).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft sind im Anhang auf den Seiten 32-33 dargestellt.

Vermögenslage

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand ist gemessen an der Anzahl der Verträge wie in den Vorjahren weiter gewachsen. Er umfasste am Ende des Geschäftsjahres 1.742.381 Verträge (Vj. 1.723.756 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 46.412,8 Mio. Euro (Vj. 46.108,4 Mio. Euro). Der laufende Jahresbeitrag sank um 1,9 % auf 1.036,3 Mio. Euro (Vj. 1.056,6 Mio. Euro). Die durchschnittliche Versicherungssumme des gesamten Bestandes lag bei rund 26.640 Euro (Vj. 26.750 Euro).

Der Bestand setzte sich wie folgt zusammen:

	Versicherungssumme				Laufender Beitrag für 1 Jahr			
	2010		2009		2010		2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Einzel-Kapitalversicherungen	16.471	35,5	17.478	37,9	494,6	47,7	524,9	49,7
Einzel-Risikoversicherungen	8.332	18,0	8.039	17,4	34,1	3,3	33,1	3,1
Einzel-Rentenversicherungen	15.646	33,7	14.500	31,5	437,0	42,2	426,9	40,4
Sonstige Einzelversicherungen (FLV) *	1.261	2,7	1.262	2,7	43,2	4,2	43,7	4,1
Kollektivversicherungen	4.703	10,1	4.829	10,5	27,4	2,6	28,1	2,7
	46.413	100,0	46.108	100,00	1.036,3	100,0	1.056,6	100,00

* Fondsgebundene Lebensversicherung (FLV)

Der auf das Geschäftsgebiet bezogene regionale Marktanteil ist gemessen an der Anzahl der Verträge auf 7,9 % (Vj. 7,7 %) gestiegen.

Im Berichtsjahr wurde ein **Neuzugang** von 167.377 Verträgen (Vj. 164.064 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 4.250,2 Mio. Euro (Vj. 3.778,5 Mio. Euro), laufenden Beiträgen von 74,0 Mio. Euro (Vj. 75,2 Mio. Euro) und Einmalbeiträgen von 1.173,4 Mio. Euro (Vj. 512,5 Mio. Euro) erzielt.

Vom Neugeschäft nach laufendem Beitrag für ein Jahr entfielen auf

- Einzel-Kapitalversicherungen 21,2 %,
- Einzel-Risikoversicherungen 5,9 %,
- SV Prämienrente 14,2 %,
- sonstige Einzel-Rentenversicherungen 47,4 %,
- sonstige Einzelversicherungen (FLV) 8,1 % und
- Kollektivversicherungen 3,2 %.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts erhöhte sich im Berichtsjahr um 31,5 % auf 2.782,9 Mio. Euro (Vj. 2.116,2 Mio. Euro).

Die regionalen Marktanteile nach statistischem laufendem Jahresbeitrag ist gegenüber dem Vorjahr leicht von 5,3 % auf 5,4 % gestiegen. Nach statistischem Einmalbeitrag ist er deutlich von 10,8 % auf 18,4 % gestiegen, nach der Stückzahl steigt er ebenfalls von 11,0 % auf 11,3 %.

Der **Abgang** – ohne Vertragsänderungen – belief sich auf 148.506 Verträge (Vj. 148.841 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 4.272,6 Mio. Euro (Vj. 4.925,8 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 89,0 Mio. Euro (Vj. 224,1 Mio. Euro). Auf Abläufe entfielen 71.982 Verträge (Vj. 67.959 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 2.270,8 Mio. Euro (Vj. 2.653,1 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 36,3 Mio. Euro (Vj. 156,7 Mio. Euro). Durch Todesfälle ergab sich ein Abgang von 5.784 Verträgen (Vj. 5.481 Verträge) mit einer Versicherungssumme von

128,2 Mio. Euro (Vj. 132,3 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 2,4 Mio. Euro (Vj. 3,0 Mio. Euro).

Zu vorzeitigen Abgängen kam es bei 70.740 Verträgen (Vj. 75.401 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 1.873,6 Mio. Euro (Vj. 2.140,4 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 50,3 Mio. Euro (Vj. 64,4 Mio. Euro).

Die Stornoquote nach statistisch laufendem Jahresbeitrag liegt mit 4,8 % (Vj. 5,7 %) weiterhin deutlich unter dem Branchendurchschnitt des Jahres 2010 von 5,4 % (Vj. 6,2%).

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 % auf 18.259,7 Mio. Euro (Vj. 16.981,0 Mio. Euro) gestiegen. Die SVL hat im Geschäftsjahr ihre sicherheitsorientierte Anlagepolitik fortgesetzt. Der weit überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist in sicheren, festverzinslichen Wertpapieren angelegt. Zur Verbesserung des Chance-Risiko-Profiles sind hauptsächlich Immobilien- und Aktienengagements im Rahmen der Risikotragfähigkeit beigemischt. Die Aktienbestände sind dabei mit einer optionalen Sicherungsstrategie unterlegt, um die Auswirkungen von Kursverlusten zu begrenzen.

Der Gesellschaft stehen zum 31.12.2010 saldierte stille Reserven in Höhe von 625,5 Mio. Euro (Vj. 501,0 Mio. Euro) zur Verfügung. Damit wurde die Substanz des Unternehmens weiter gestärkt. Die darin enthaltenen stillen Lasten haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und betragen 149,5 Mio. Euro (Vj. 134,6 Mio. Euro). Die stillen Lasten sind überwiegend zinsbedingt. Es wird davon ausgegangen, dass die bestehenden Lasten nur vorübergehend sind. Ein weiterer Abschreibungsbedarf ergibt sich daher nicht. Die stillen Lasten in Investmentanteilen konnten im Geschäftsjahr vollständig abgebaut werden. Den stillen Lasten stehen stille Reserven in Höhe von insgesamt 775,0 Mio. Euro (Vj. 635,6 Mio. Euro) gegenüber. Die stillen Reserven resultieren überwiegend aus Zinspapieren. Auf

grund des zum Jahresende niedrigen Zinsniveaus ergaben sich bei diesen Papieren höhere Bewertungen.

Bei den Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten waren Zugänge in Höhe von 6,0 Mio. Euro zu verzeichnen. Planmäßige Abschreibungen wurden in Höhe von 7,9 Mio. Euro (Vj. 7,9 Mio. Euro) vorgenommen.

Die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind von 559,9 Mio. Euro auf 635,0 Mio. Euro gestiegen. Des Weiteren fanden eine Kapitalerhöhung bei der SV Beteiligungs- und Grundbesitzgesellschaft mbH in Höhe von 5,0 Mio. Euro sowie weitere Kapitalanforderungen bei verschiedenen Private-Equity-Engagements statt. Abschreibungen waren in Höhe von 16,8 Mio. Euro erforderlich. Diese betreffen Wertberichtigungen bei verschiedenen strategischen- und Immobilienbeteiligungen. Zuschreibungen wurden in Höhe von 3,4 Mio. Euro getätigt. Eine Immobilienbeteiligung in Höhe von 25,0 Mio. Euro wurde aufgrund der vertraglichen Ausprägung in Investmentanteile umgliedert.

Bei Aktien, Investmentanteilen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren gingen 2.316,0 Mio. Euro (Vj. 157,4 Mio. Euro) zu. Der starke Zuwachs geht auf Umstrukturierungen bei Wertpapier-Spezialfonds zurück. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen in Höhe von 6,1 Mio. Euro vorgenommen. Diese betreffen hauptsächlich verschiedene Immobilienfonds. Gleichzeitig konnten aufgrund der positiven Marktentwicklung Zuschreibungen in Höhe von 9,9 Mio. Euro bei Aktien und Immobilienfonds erfolgen. Dem Anlagevermögen sind 4.754,2 Mio. Euro (Vj. 2.461,1 Mio. Euro) zugeordnet. Auch dieser Anstieg ist auf die genannten Umstrukturierungen bei Fonds zurück zu führen. Durch die Zuordnung zum Anlagevermögen waren Abschreibungen in Höhe von 11,6 Mio. Euro (Vj. 10,5 Mio. Euro)

nicht erforderlich, da die Wertminderungen als vorübergehend angesehen werden.

In festverzinsliche Wertpapiere wurden 391,4 Mio. Euro (Vj. 232,5 Mio. Euro) investiert. Durch Abgänge flossen 375,6 Mio. Euro (Vj. 79,6 Mio. Euro) zurück. Im Berichtsjahr sind Abschreibungen in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vj. 3,3 Mio. Euro) vorgenommen worden. Dem Anlagevermögen sind 715,3 Mio. Euro (Vj. 630,1 Mio. Euro) zugeordnet. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 31,0 Mio. Euro (Vj. 10,6 Mio. Euro) vermieden.

An Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden 107,8 Mio. Euro (Vj. 68,0 Mio. Euro) neu ausgeliehen. Das Neugeschäft konnte damit deutlich gesteigert werden. Tilgungen flossen in Höhe von 105,7 Mio. Euro (Vj. 172,0 Mio. Euro) zurück. Einzelwertberichtigungen wurden in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Vj. 0,5 Mio. Euro) vorgenommen. Es wurden wie im Vorjahr keine Zuschreibungen vorgenommen.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden für nominal 932,2 Mio. Euro (Vj. 767,7 Mio. Euro) erworben. Getilgt bzw. verkauft wurden 896,7 Mio. Euro (Vj. 903,5 Mio. Euro). Dabei wurden Kursgewinne in Höhe von 12,6 Mio. Euro (Vj. 2,2 Mio. Euro) erzielt. Kursverluste wurden in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vj. 0,0 Mio. Euro) realisiert. Auf Genußscheine von Banken waren Abschreibungen in Höhe von 5,8 Mio. Euro notwendig.

Der Bestand der Anderen Kapitalanlagen hat sich auf 183,8 Mio. Euro (Vj. 193,1 Mio. Euro) verringert. Den Abgängen in Höhe von 8,2 Mio. Euro (Vj. 6,1 Mio. Euro) stehen keine Zugänge (Vj. 0,3 Mio. Euro) gegenüber. 1,2 Mio. Euro (Vj. 0,0 Mio. Euro) wurden abgeschrieben.

Die einzelnen Kapitalanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

	2010		2009		Veränd. Mio. €
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	347,0	1,9	349,7	2,1	-2,7
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	635,0	3,5	559,9	3,3	75,1
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.125,9	28,1	3.952,9	23,3	1.173,0
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	804,4	4,4	792,7	4,7	11,7
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.004,9	5,5	1.003,5	5,9	1,4
Namensschuldverschreibungen	6.088,3	33,3	6.217,4	36,6	-129,1
Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen	4.012,2	22,0	3.847,3	22,7	164,9
Darlehen und Vorauszahlungen	58,2	0,3	64,3	0,4	-6,1
Anderer Kapitalanlagen	183,8	1,0	193,1	1,1	-9,4
	18.259,7	100,0	16.981,0	100,0	1.278,7

UNTERNEHMENSVERBUND

Das Aktienkapital der Gesellschaft hält die SVH zu 99,99 %. Die Gesellschaft ist entsprechend § 15 AktG mit der SVH sowie der Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart, die ihrerseits 61,3 % der Anteile an der SVH hält, verbunden.

Die SVH hat mit der Gesellschaft einen Beherrschungsvertrag und einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Des Weiteren besteht mit der SVH als Organträger ein umsatz- und ertragssteuerliches Organschaftsverhältnis.

Die Gesellschaft ist außerdem mit folgenden Unternehmen verbunden:

UNTERNEHMEN	Anteilsbesitz gehalten von	Anteil %
SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart	SVH	98,7
SV bAV Consulting GmbH, Stuttgart	SVH	100,0
SV Beteiligungs- und Grundbesitzgesellschaft mbH, Stuttgart	SVL	100,0
SVG Beteiligungs- und Immobilien-GmbH, Stuttgart	SVG	100,0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Carl-Eugen-Bau KG, Stuttgart	SVG	100,0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Löwentor KG, Stuttgart	SVG SVL	5,1 94,9
SV-Immobilien Beteiligungsgesellschaft Nr. 1 mbH, Stuttgart	SVG	100,0
SV Informatik GmbH, Mannheim	SVH	100,0
SV Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	SVL	100,0
SV-Kommunal GmbH, Erfurt	SVG	100,0
SV Vermögensverwaltungs-GmbH, Stuttgart	SVG	100,0
ecosenergy Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG, Greven	SVL SVG	60,0 40,0
HNT-Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	SVG SVL	75,0 25,0
Magdeburger Allee 4 Projektgesellschaft mbH, Erfurt	SVL SVG	66,7 33,3
Neue Mainzer Straße 52-58 Finanzverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Hochhaus KG, Stuttgart	SVG SVL	66,7 33,3
SV Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Stuttgart	SVL SVG	66,7 33,3
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Dotzheim KG, Stuttgart	SVL	100,0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH, Stuttgart	SVH	94,1
SüdBau Projektentwicklung und Baumanagement GmbH, Stuttgart	SVH	66,7
TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	SVG	66,7
BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München	SVH	55,0
ecosenergy GmbH, Greven	SVG SVL	31,2 20,0
CombiRisk Risk-Management GmbH, München	SVG	51,0
VGG Underwriting Service GmbH, München	SVG	51,0

Der Rechenzentrumsbetrieb wird von der GaVI mbH, die übrigen Tätigkeiten im Bereich der Datenverarbeitung von der SV Informatik ausgeführt. Auf die Konzernmutter SVH sind verschiedene Funktionen und Aufgaben ausgegliedert.

PERSONAL- UND SOZIALBERICHT

KENNZAHLEN ZU DEN MITARBEITERN	SVL	SV-Konzern
Anzahl Mitarbeiter Innendienst per 31.12.2010	335	2.940
Anteil Frauen %	58,0	52,6
Anteil Männer %	42,0	47,4
Anteil Vollzeitmitarbeiter in %	80,8	78,5
Anteil Teilzeitmitarbeiter in %	19,2	21,5
Alter (Durchschnittsjahre)	39,3	42,6
Anzahl angestellter Außendienst per 31.12.2010	0	736

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Mitarbeiter im SV-Konzern um 0,3 % gestiegen.

Personalentwicklung

»Wir bilden und entwickeln uns kontinuierlich weiter.« lautet einer der zentralen SV-Grundsätze. Um die SV-Mitarbeiter bei der Umsetzung dieses Prinzip zu unterstützen, wurde im Jahr 2010 ein breites Spektrum an Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt. Allein an den Veranstaltungen des Weiterbildungsprogramms für den SV Innendienst nahmen 466 Mitarbeiter teil. Die internen PC-Seminare besuchten 324 Mitarbeiter. Egal ob PC-Schulung, Arbeitsorganisation, Kommunikation oder Methodenkompetenz – das Angebot war umfangreich und erfreute sich reger Nachfrage.

Zusätzlich fanden noch weitere zielgruppenspezifische Maßnahmen statt:

Trainingstage

Die im Jahr 2009 gestarteten Abteilungs-/Gruppenleiter-Trainingstage, in denen sich die Führungskräfte mit den Themen »Lebensbalance«, »Konsequent führen« und »Die Führungskraft als erster Personalentwickler« auseinandersetzten, wurden im Jahr 2010 weitergeführt.

Projektleiterentwicklung

Um Projekte im gesetzten Zeit- und Kostenrahmen und in der vereinbarten Qualität abschließen zu können, bedarf es qualifi-

zierter Projektmitarbeiter und Projektleiter. Vor diesem Hintergrund wurde ein mehrstufiges Qualifizierungsprogramm eingeführt, das sich mit spezifischen Veranstaltungen an den Bedürfnissen der Projektbeteiligten ausrichtet. Im Jahr 2010 wurde die Ausbildung zum »Projektleiter-B« eingeführt, zu dem sich fünf Mitarbeiter weiterqualifiziert haben, um später bereichsübergreifend mittlere und größere Projekte leiten zu können.

Nachwuchskräfteentwicklung

Im Frühjahr 2010 schlossen zwölf Mitarbeiter die Basisqualifizierung mit einem Potenzial-Assessment-Center und einer individuellen Handlungsempfehlung ab. Zwischenzeitlich haben mehrere Teilnehmer Führungs- oder sonstige fachliche Schlüsselpositionen übernommen.

Direkt im Anschluss wurde der nächste Durchgang gestartet. In Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Teilnehmer, seiner Führungskraft, dem betreuenden Personalreferenten und der Personalentwicklung erfolgte die Vorauswahl der neun Teilnehmer, die im Juni die Basisförderung aufnehmen. Mit dieser Qualifizierungsmaßnahme sollen die Teilnehmer ihre Sozial- und Methodenkompetenz weiter ausbauen und Impulse für weitergehende Aufgaben bekommen.

Traineeprogramm

Anfang November 2009 begann das zweite Traineeprogramm der SV für Hochschulabsolventen. In 18 Monaten lernen die acht Teilnehmer das Unternehmen in verschiedenen Bereichen und Themenstellungen kennen. Mit dem Traineeprogramm unterstützt die SV junge Akademiker beim Einstieg ins Unternehmen und wirkt gleichzeitig den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegen.

Berufsausbildung

Die SV bekennt sich auch weiterhin zu ihrer Verantwortung als Arbeitgeber in den Regionen und bildet in allen sechs Zweigniederlassungen in Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen aus. Die Ausbildungsquote lag im Jahr 2010 bei 7,8 % (ohne SV Informatik).

In 2010 haben alle 57 angehenden Versicherungskaufleute ihre Abschlussprüfungen vor der Industrie- und Handelskammer bestanden. Davon wurden 32 im Außendienst und 18 im Innendienst übernommen. Zusätzlich beendeten noch elf Mitarbeiter ihr Studium zum Bachelor of Arts an den Dualen Hochschulen in Stuttgart und Mannheim. Davon wurden zwei im Außendienst und sieben im Innendienst übernommen.

AUSBILDUNGSZAHLEN

Standorte	Anzahl Abschlüsse Versicherungskaufleute	davon im Außendienst übernommen	davon im Innendienst übernommen	Anzahl Abschlüsse Studenten Duale Hochschule	davon übernommen
Stuttgart	16	11	3	6	5
Mannheim	6	2	2	5	4
Wiesbaden	9	5	3	0	0
Karlsruhe	8	6	2	0	0
Kassel	10	5	4	0	0
Erfurt	8	3	4	0	0
Summe	57	32	18	11	9

Qualifizierungs- und Entwicklungsprogramm Außendienst

Ein aus vielen Bausteinen bestehendes Qualifizierungs- und Entwicklungsprogramm wurde für den gesamten Außendienst – vom Auszubildenden bis zum Führungsaußendienst – entworfen. Wesentliche Ziele sind, das Personal im Verkaufsaußendienst quantitativ und qualitativ auszubauen sowie die Produktivität der Kundenberater zu steigern. Dies soll erreicht werden, indem vorhandene Maßnahmen vertieft und Neuerungen wie die optimierte Einarbeitung und Qualifizierung von neuen Kundenberatern eingeführt werden. Zudem werden Personalentwicklungsmaßnahmen für Geschäftsstellenleiter und den Führungsaußendienst durchgeführt.

RISIKEN UND CHANCEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG**Organisation des Risikomanagements**

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherung der Unternehmensziele, indem sämtliche risikorelevanten Sachverhalte sowie strategische Chancen zu einer ganzheitlichen Unternehmenssicht überführt werden.

Die Verantwortlichkeiten für das Risikomanagement sind eindeutig definiert. Hierdurch wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Überwachung und Kontrolle sowie zwischen unvereinbaren Positionen garantiert. Der Vorstand legt die geschäftspolitischen Ziele sowie die Risikostrategie nach Rendite- und Risikogesichtspunkten verbindlich fest und trägt die Verantwortung für die Definition unternehmensweit gültiger Rahmenbedingungen für das gesamte Risikomanagement.

Die Abteilung Konzernstrategie und Risikomanagement übernimmt in der Rolle des zentralen Risikomanagers

- die Pflege, Anpassung und Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems,
- die Koordination und Integration der jeweiligen Risikomanagement-Aktivitäten,
- die Aktualisierung und Auswertung der Risikoinformationen sowie
- die Kommunikation der Risikosituation.

Die einzelnen Hauptabteilungsleiter als dezentrale Risikomanager treffen operative Entscheidungen über die Risikonahme und sind für die Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken ihres Geschäftsbereiches, die laufende Verbesserung der dezentralen Systeme sowie Ad-hoc-Risikomeldungen verantwortlich.

Im jährlichen Rhythmus erfolgt eine Überprüfung des Risikomanagementsystems durch die interne Revision. Zusätzlich wird das Risikofrüherkennungssystem regelmäßigen Prüfungen durch die Wirtschaftsprüfer der SV unterzogen. Die letzten Prüfungen haben die Funktionsfähigkeit bestätigt.

Risikomanagementprozess

Der Umgang mit Risiken ist ebenso wie die gesamte Risikopolitik in allen Unternehmensbereichen und allen relevanten Geschäftsprozessen verankert und als laufender Prozess angelegt. Er umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und Chancen im Unternehmen und wird als ein integrativer Bestandteil der allgemeinen Entscheidungsprozesse und Unternehmensabläufe verstanden.

Der Risikokontrollprozess beinhaltet die Bereiche Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung sowie die Kommunikation von Risiken und wird jährlich durchlaufen. Er integriert alle Risiken der SV.

Gemäß der Konzeption des Risikomanagementsystems werden im Rahmen der jährlich stattfindenden Risikoinventur alle Hauptabteilungsleiter sowie die Geschäftsführung der SV Informatik aufgefordert,

- die relevanten – mindestens jedoch die zwei größten – Risiken ihres Verantwortungsbereichs sowie
- Maßnahmen zur Risikoreduktion und
- mögliche Chancen zu melden.

Die Ergebnisse werden abschließend in thematisch übergreifenden Handlungsfeldern zusammengeführt. Sie liefern neben der aktuellen Risiko- und Chancensituation gleichzeitig wichtige Anhaltspunkte für die Festlegung der strategischen Zielgrößen und Maßnahmenpläne in den einzelnen Strategiefeldern. Um eine adäquate Überwachung und Steuerung der Chancen und Risiken zu ermöglichen werden zusätzlich risikomindernde Maßnahmen sowie geeignete Frühwarnindikatoren identifiziert und regelmäßig aktualisiert. Auf Basis der Risikoinventur erstellt das zentrale Risikomanagement den jährlichen Risikobericht der SV.

Die Abteilung Konzernstrategie und Risikomanagement beobachtet und diskutiert darüber hinaus die Entwicklung der aktuellen Risikosituation sowie der einzelnen Frühwarnindikatoren regelmäßig im Rahmen monatlicher Risikorunden. Hierdurch werden risikorelevante Entwicklungen rechtzeitig erkannt und Handlungsmöglichkeiten gesichert. Bei Bedarf wird an den Vorstand oder den verantwortlichen Hauptabteilungsleiter eskaliert. Die Ergebnisse der Risikorunden werden dem Vorstand monatlich und dem Aufsichtsrat quartalsweise berichtet.

Ergebnisse der Risikoerhebung**Versicherungstechnische Risiken**

Lebensversicherungsverträge werden mit fest vereinbarten Beiträgen und mit langfristigen Garantien hinsichtlich der Höhe und Dauer der nach Eintritt des Versicherungsfalls zu erbringenden Leistungen abgeschlossen. Während der gesamten Vertragslaufzeit ist eine Beitragsanpassung in der Regel nicht vorgesehen. Somit kann eine wesentliche Änderung der biometrischen Risiken zu einer Finanzierungslücke hinsichtlich der Erfüllung von garantierten Leistungen führen.

Zu den biometrischen Risiken zählen das Todesfall-, das Berufsunfähigkeits- und das Langlebkeitsrisiko. Eine Abweichung der realen von der kalkulierten Sterblichkeit beeinflusst das versicherungstechnische Ergebnis bei gemischten und reinen Todesfallversicherungen sowie bei Rentenversicherungen. Dieses Risiko ist insbesondere bei Verträgen mit langer Vertragslaufzeit gegeben, da die Gefahr der Änderung der biometrischen Verhältnisse über einen langen Zeitraum besonders groß ist.

Zu den versicherungstechnischen Risiken zählt auch das Stornorisiko, welches bei Tarifen mit garantierten Rückkaufswerten aus einem schnellen deutlichen Zinsanstieg resultieren kann. Ein solcher Zinsanstieg kann zu einem Kursrückgang der die versicherungstechnischen Verbindlichkeiten bedeckenden zins-tragenden Aktiva führen, während die Rückkaufswerte unabhängig von der Entwicklung der sie bedeckenden Aktiva gewährt werden. Im Ergebnis ist somit der Unterschied zwischen den gewährten Rückkaufswerten und dem Marktwert der sie (vor Zinsanstieg) bedeckenden Aktiva als benötigtes Risikokapital zu sehen.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der Tatsache, dass die Landgerichte Hamburg und Stuttgart über Verbandsklagen der Verbraucherzentrale Hamburg gegen einige Lebensversicherungsgesellschaften entschieden haben und das Oberlandesgericht Hamburg die Berufung der Beklagten zurückgewiesen hat. Gegenstand der Verfahren sind Klauseln in den »Allgemeine Versicherungsbedingungen« zum Rückkaufswert, zur beitragsfreien Versicherungsleistung, zum Stornoabzug und zur Verrechnung der Abschlusskosten bei Kapitallebensversicherungen, Rentenversicherungen sowie fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen. Betroffen sind beim OLG Hamburg Verträge, die zwischen Ende 2001 und Ende 2007 abgeschlossen wurden, während das Urteil des LG Stuttgart keine entsprechende zeitliche Begrenzung vorsieht. Die betroffenen Unternehmen haben bzw. werden gegen sämtliche Entscheidungen der Gerichte Rechtsmittel einlegen. Die SVL ist zum Bilanzstichtag von den Klagen nicht betroffen. Sie wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten.

Mit Urteil vom 01.03.2011 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Ausnahmeregelung für Versicherungen zu den Gender-Richtlinien bezüglich der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nur noch bis zum 21.12.2012 erhalten bleibt. Für das Neugeschäft ab dem 21.12.2012 muss sichergestellt werden, dass es nur noch geschlechtsneutrale Prämien und Leistungen geben wird. Die Auswirkungen des Urteils werden derzeit analysiert.

Neben einer Überwachung durch laufende aktuarielle Analysen wirkt die Verwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheitszuschläge den beschriebenen Risiken entgegen. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Produkt- und Tarifgestaltung ein und werden bei

der Festlegung der ermessensabhängigen Überschussbeteiligung an die Versicherungsnehmer berücksichtigt. Parallel zu unseren Erkenntnissen werden auch Branchenempfehlungen und Empfehlungen der DAV beachtet. Die für die aktuellen Tarife verwendeten Rechnungsgrundlagen werden von der Aufsichtsbehörde und von der DAV als ausreichend angesehen.

Der Verantwortliche Aktuar stellt sicher, dass bei der Tariffkalkulation ausreichende Sicherheitszuschläge verwendet werden. Zusätzlich werden die im Versicherungsbestand verwendeten Rechnungsgrundlagen regelmäßig (mindestens jährlich) auf ihre Angemessenheit überprüft und bei Bedarf Zusatzrückstellungen nach ausreichenden Rechnungsgrundlagen gebildet.

Dem Risiko, dass gegenüber den Versicherungsnehmern abgegebene Zinsgarantien nicht erfüllt werden können, begegnet die Gesellschaft durch regelmäßige mehrjährige Planungsrechnungen. Dabei werden außerdem regelmäßig unter realistischen Annahmen Prognosen über die Entwicklung der Versicherungsbestände, der wesentlichen Bilanzpositionen sowie der Erfolgsgrößen erstellt. Die Kostenergebnisse der letzten Jahre belegen zudem, dass in der Tariffkalkulation ausreichende Kostenzuschläge berücksichtigt wurden.

Darüber hinaus wird für das erste Halbjahr 2011 eine Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung erwartet, die eine frühzeitige Stärkung der Deckungsrückstellung bei niedrigem Zinsumfeld vorsieht. Für den Stichtag 31.12.2011 erwartet die Gesellschaft bei einem maßgeblichen Referenzzinssatz (Zehnjahresmittel der Renditen zehnjähriger Euro-Staatsanleihen höchster Bonität) in Höhe von 3,95% die Bildung einer Zusatzreserve von 30 Mio. Euro.

Insgesamt kann somit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Kunden als gesichert angesehen werden.

Nicht benötigte Sicherheitsmargen werden durch die ermessensabhängige Überschussbeteiligung an die Versicherungsnehmer zurückgegeben. Kurzfristige Schwankungen werden durch eine Erhöhung oder Herabsetzung der Zuführung zu der für die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmten Rückstellung für Beitragsrückerstattung ausgeglichen. Bei längerfristigen Änderungen wird die Überschussbeteiligung entsprechend angepasst. Für die Überschussbeteiligung stand zum Stichtag 31.12.2010 eine freie Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 533,0 Mio. Euro als Sicherheit zur Verfügung.

Insgesamt weisen die Eigenmittel im Sinne der Solvabilitätsvorschriften zum 31.12.2010 ein Volumen in Höhe von 1.331,8 Mio. Euro auf.

Bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Lediglich bei der Ermittlung der Aufstockungsbeträge für

die nicht nach aktuellen Rechnungsgrundlagen abgeschlossenen Rentenversicherungen wurden die von der DAV veröffentlichten Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten unterstellt.

Zur Reduzierung bzw. Limitierung der biometrischen Risiken werden Risiken, die einen definierten Selbstbehalt übersteigen, in Rückversicherung gegeben. Da der Bestand weitgehend stabil ist, kann die Rückversicherung einfach und transparent gestaltet werden.

Die Rückversicherung wird beim VöV, der nach dem genossenschaftlichen Prinzip organisiert ist, platziert. Ein Ausgleich findet weitgehend innerhalb der Gruppe der öffentlichen Versicherer statt. In bestimmten Bereichen wird das Geschäft (Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung, Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallzusatzversicherung, Bau-spar-Risikoversicherung) auf dieser Basis gepoolt.

Im Bereich der Kapitalbildenden Lebensversicherung, der Risikolebensversicherung und der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung werden Risiken ab einer bestimmten Größenordnung einzelisikobezogen abgegeben. Um das Kumulrisiko abzusichern, wird eine Kumulrückversicherung eingekauft.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft können gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherungsgesellschaften entstehen. Dem Ausfallrisiko von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler wird durch angemessene Wertberichtigung Rechnung getragen. Die Erfahrungen der Vergangenheit werden berücksichtigt. Zum 31.12.2010 betragen die Forderungen an Versicherungsnehmer, deren Fälligkeitszeitpunkt länger als 90 Tage zurückliegt, insgesamt 2,4 Mio. Euro. Die über drei Jahre berechnete Ausfallquote gegenüber Versicherungsnehmern liegt unter 0,1 %. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber Rückversicherungsgesellschaften.

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Niveau der Kapitalmarktzinsen hat sich im Verlauf des Jahres 2010 auf seit Jahrzehnten nicht gesehene Tiefstände verringert. Die Folge sind stark erhöhte Kursreserven vor allem auf den festverzinslichen Beständen mit längeren Laufzeiten. Andererseits erfolgten Neuanlagen zu sehr niedrigen Renditen, was zu einer Dämpfung des Kapitalanlageertrags führt. Zum Jahresende haben sich die Kapitalmarktzinsen wieder etwas erholt. Weiter steigende Zinsen würden die Kursreserven wieder reduzieren.

Die Staatsanleihen im Euroraum haben 2010 verstärkt unter der Erhöhung der Staatsverschuldung in der Finanzkrise und dem dadurch gestiegenen Finanzierungs- und Umschuldungs-

bedarf gelitten. Insbesondere die Renditeaufschläge für griechische Staatsanleihen, aber auch für Bonds von Irland, Portugal und schließlich Spanien und Italien sind im Jahresverlauf deutlich gestiegen. Nach Griechenland musste auch Irland unter den Rettungsschirm der europäischen Staaten gehen. Mit den Staatsanleihen erhöhte sich auch das Misstrauen gegenüber europäischen Banktiteln. Die Renditeaufschläge für Senior Bonds und insbesondere für Nachranganleihen erhöhten sich zeitweise deutlich. Ganz besonders gilt dies für Anleihen aus den sogenannten PIIGS-Staaten.

Die schlechte Entwicklung von Banktiteln spiegelt sich 2010 auch am Aktienmarkt wider. Während weltweit Kursanstiege verzeichnet wurden, haben sich Aktien des Finanzsektors und bankenlastige Indizes, wie der Eurostoxx 50, negativ entwickelt.

Die Risiken durch erhöhte Staatsverschuldung und verschlechterte Kredite bei Banken bestehen fort. Die SVL hat insgesamt 250 Mio. EUR in PIIGS-Staatsanleihen (1,3 % der Kapitalanlagen) investiert. Davon entfallen 101 Mio. Euro auf italienische, 72 Mio. Euro auf spanische und 41 Mio. Euro auf griechische Anleihen. Das Risiko ist aufgrund der geringen Höhe des Exposures und des von der europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Rettungsschirms niedrig. Die Entwicklung wird trotzdem genau beobachtet.

Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit-, Zahlungsstrom- und Liquiditätsrisiken auftreten.

Marktrisiken entstehen durch ungünstige Entwicklungen der Kapitalmärkte. Die möglichen Ausmaße dieser Marktrisiken werden in regelmäßigen Abständen anhand verschiedener Szenarien von Aktienkursentwicklungen sowie Zinsänderungen ermittelt. Basierend auf dem Jahresendbestand der Kapitalanlagen 2010 würde sich bei aktienkursensitiven Kapitalanlagen und bei einem Kursrückgang um 20 % – unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen und deren Kosten – das Exposure um 110 Mio. Euro verringern. Ein Anstieg des Zinsniveaus um 1 %-Punkt hätte an diesem Stichtag einen Rückgang des Marktwertes bei Inhaberpapieren im Umlaufvermögen von 4 Mio. Euro zur Folge. Wertapapiere des Anlagevermögens sind nicht berücksichtigt.

Unterstellt man bis zum Stichtag 31.12.2011 sowohl unveränderte Börsenkurse als auch ein gleichbleibendes Zinsniveau gegenüber dem Vorjahresstichtag, würde sich eine ausreichend hohe Nettoverzinsung der Kapitalanlagen ergeben.

Kreditrisiken resultieren aus einer Verschlechterung der Bonität bzw. aus dem Ausfall von Schuldern. Bei der Auswahl von Emittenten werden hohe Anforderungen an die Bonität gestellt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Struktur der Festzinsanlagen im Direkt- und Fondsbestand nach einzelnen Ratingklassen und deren Zusammensetzung:

Ratingklassen	Zeitwert in Mio. €
AAA-BBB	14.384,25
BB-B	316,75
CCC-D	18,46
Not rated	278,14
Gesamt	14.997,60

Durch eine laufende Finanzplanung, welche sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und den sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt, wird dem Risiko unzureichender **Liquidität** entgegengewirkt. Die aktuellen Berechnungen zeigen, dass eine laufende Liquiditätsüberdeckung gewährleistet ist.

Durch laufende Beobachtung der Entwicklung auf den Kapitalmärkten und erstellte Marktprognosen werden alle Anlageentscheidungen ständig überprüft. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung der Kapitalanlagen werden eingehalten.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlagen und Versicherungstechnik abbilden zu können, werden über Asset-Liability-Betrachtungen die wichtigsten Steuerungsgrößen in regelmäßigen Abständen analysiert.

Durch eine angemessene Risikodiversifikation nach qualitativen und quantitativen Kriterien wird diesen Risiken entgegengewirkt. Investitionen erfolgen im Rahmen eines konservativen Ansatzes breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt weitgehend innerhalb von Investmentfonds.

Insgesamt stehen zur Bewältigung dieser Risiken saldierte stille Reserven auf alle Kapitalanlagen sowie ein ausreichend hoher Bestand an Eigenkapital zur Verfügung. Selbst bei gleichzeitigem Eintreten der unter dem Punkt Marktrisiken geschilderten Stressszenarien werden die Solvabilitätsanforderungen der Versicherungsaufsicht übererfüllt. Dadurch ist gewährleistet, dass die Gesellschaft ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus bestehenden Vertragsverhältnissen bedienen kann.

Operationale Risiken

Unter operationalen Risiken wird die Gefahr verstanden, Verluste als Folge von Unzulänglichkeiten oder des Versagens von Menschen oder Systemen sowie auf Grund externer Ereignisse zu erleiden. Auch Compliance-Risiken, die insbesondere aus Änderungen rechtlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen oder aus der Nichteinhaltung von Gesetzen und Richtlinien resultieren sowie fehlende oder ineffiziente Prozesse, welche die laufend notwendige Verbesserung der Produktivität und Qualität des Geschäftsbetriebs gefährden können, sind darunter

zu fassen. Zudem besteht bei fehlenden DV-technisch hinterlegten Prüfungen oder unwirksamen organisatorischen Maßnahmen die Möglichkeit, dass Daten bewusst oder irrtümlich manipuliert werden. Dies kann zu falschen Entscheidungsgrundlagen führen.

Ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem sieht die organisatorische Trennung von Funktionen, Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen vor und beinhaltet umfangreiche Kontrollen. Dadurch werden mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeit der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert.

In enger Abstimmung mit den DV-Dienstleistern der SV werden für den Schutz des internen Netzwerks umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, Firewalls und Antivirenumaßnahmen eingesetzt und ständig angepasst. Diese Maßnahmen werden durch regelmäßige Datensicherung ergänzt.

Sonstige Risiken

Eine besondere Beachtung finden Risiken, die den laufenden Geschäftsbetrieb stören oder unterbrechen können. Bei der SV wurde eine BCM-Organisation (Business Continuity Management) errichtet, die eine verlässliche Fortführung der kritischen Geschäftsprozesse auch in einer Notfallsituation und damit die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsposition der SV, das Vertrauen bei Kunden und Geschäftspartnern sowie das Ansehen in der Öffentlichkeit sicherstellt. Auch ein BC-Manager wurde ernannt.

Weiterhin besteht das Risiko möglicher Verluste, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder aus einer fehlenden Anpassung der Geschäftsstrategie an ein verändertes Wirtschaftsumfeld ergeben können. Steuerungsstrategien, die der grundsätzlichen Orientierung und angemessenen Reaktion auf solche Risiken dienen, stellt die Risikostrategie der SV bereit.

Reputationsrisiken, die sich z. B. aus Fehlern in der Umsetzung der Kommunikationsstrategie, mangelndem Kundenservice oder ungünstigen Berichterstattungen in den Medien ergeben können, sind ebenfalls den sonstigen Risiken zuzuordnen. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, betreibt die SV eine intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit und beobachtet laufend die Arbeitsstände in den einzelnen Fachbereichen. Etwaige Kundenbeschwerden werden zeitnah und umfassend bearbeitet und in einem laufenden Qualitätsverbesserungsprozess eingebracht.

Ergebnisse der Chancenerhebung

Da Risiken grundsätzlich als eine Abweichung von einem erwarteten Ergebnis in der Zukunft verstanden werden können, sind diese nicht ausschließlich negativ anzusehen, sondern stellen zum Teil auch Chancen dar.

Die zunehmende Notwendigkeit, biometrische Risiken abzusi-
chern sowie private und betriebliche Altersversorgung zu be-
treiben, kann zu höherem Neugeschäft im Bereich der Lebens-
versicherung führen. Hierzu trägt das Kundenvertrauen in die
Sparkassen-Finanzgruppe ebenso wie eine verstärkte Nachfra-
ge der Kunden in konservative Geldanlagen mit Garantien bei.
Unterstützt wird diese Entwicklung zusätzlich durch die steuer-
liche Attraktivität von Lebensversicherungen nach Einführung
der Abgeltungssteuer. Eine weitere Chance wird in der Wieder-
anlage ablaufender Lebensversicherungen gesehen.

Zusammenfassende Darstellung der Risiko- und Chancensituation

Das größte Risikopotenzial liegt im Bereich der Kapitalanla-
gen. Zur Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft werden
daher ständig Vorkehrungen getroffen, um die bestehenden
bekanntesten Risiken zu verringern und neue künftige Risiken
rechtzeitig zu erkennen.

Um die bekannten und künftigen Risiken zu erkennen und zu
beherrschen, wird ausreichend Vorsorge getroffen. Dadurch
kann nach heutigem Stand eine Gefährdung der künftigen Ent-
wicklung vermieden und der Fortbestand der Gesellschaften
gesichert werden.

Bei einem Lebensversicherungsunternehmen können durch
wesentliche Änderungen biometrischer Risiken Finanzierungs-
lücken entstehen. Bei der SVL wird die Angemessenheit der
Rechnungsgrundlagen laufend untersucht. Sobald die Sicher-
heitsspannen für die versicherten biometrischen Risiken nicht
mehr ausreichend sind, werden der Deckungsrückstellung zu-
sätzliche Beträge zugeführt.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlage und
Leistungsversprechungen an die Kunden abbilden zu können
und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu überprüfen,
werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements der SVL
in regelmäßigen Abständen für einen mehrjährigen Zeitraum
mit Hilfe von Simulationsmodellen unter vernünftigen Annah-
men die korrespondierenden bilanziellen Risiken der Aktiv-
und der Passivseite analysiert.

In Bezug auf die bestehenden Chancen gilt es im Wesentlichen,
Maßnahmen zur Steigerung des Neugeschäfts und zur Opti-
mierung der Prozesse nachhaltig umzusetzen.

Für die SVL sind zusammengefasst keine Entwicklungen er-
kennbar, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage wesent-
lich beeinträchtigen können. Existenzielle Risiken zeichnen
sich momentan nicht ab.

NACHTRAGSBERICHT

Das Erdbeben in Japan am 11.03.2011 hat nach aktuellem
Informationsstand keine wesentlichen Auswirkungen auf die
Finanz-, Vermögens- oder Ertragslage der Gesellschaft.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss
des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

AUSBLICK

Die **Weltwirtschaft** dürfte auch 2011 robust, wenngleich aber
weniger stark als im Geschäftsjahr, wachsen. Die Schwellen-
länder werden unverändert ein dynamisches und deutlich über-
durchschnittliches Wachstum aufweisen. Insbesondere die
Entwicklung in China als Motor des starken asiatischen Wirt-
schaftsaufschwungs wird zu beobachten sein. Entscheidend
ist, ob die hohe Inflation durch weitere, dämpfende zins- und
fiskalpolitische Maßnahmen bekämpft werden muss. Die reifen
Volkswirtschaften müssen sich 2011 voraussichtlich mit we-
sentlich bescheideneren Wachstumsraten begnügen. Konjunk-
tur dämpfend wirken sich vor allem die hohe Verschuldung von
Staaten und Konsumenten sowie das Auslaufen von Konjunk-
turpaketen aus.

Für die USA zeichnet sich in 2011 ein Anstieg des Bruttoin-
landsprodukts von etwa 2,5 % ab. Es wird erwartet, dass sich
die Wirtschaftslage in den USA stabilisiert. Eine Erholung des
US-Immobilienmarktes ist zwar für 2011 nicht in Sicht. Jedoch
dürfte sich nach und nach eine leichte Verbesserung ergeben.
Für den Arbeitsmarkt gibt es Hoffnungsschimmer, dass die
Konjunkturerholung im Jahr 2011 zu einem leichten Stellen-
aufbau führen wird.

Deutschland dürfte sich im Jahr 2011 erneut als Wachstum-
streiber in Europa erweisen und in erheblichem Maße von den
Importen der Schwellenländer profitieren. Die Ausfuhren nach
China werden sich nach aktuellen Schätzungen von 2009 bis
2011 in etwa verdoppeln. China wird damit im kommenden Jahr
nach Frankreich und erstmals vor den USA der zweitwichtigste
Handelspartner Deutschlands sein. Daneben dürfte die deut-
sche Wirtschaft positiv durch einen anziehenden privaten Kon-
sum beeinflusst werden, nicht zuletzt mit Blick auf die positive
Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Aussichten für die **Aktienbörsen** erscheinen vor diesem
Hintergrund positiv. Der deutsche Aktienmarkt wird vom anhal-
tend robusten Wirtschaftswachstum im Inland profitieren. Für
den europäischen Markt wird allerdings erwartet, dass die Sor-
gen um konjunkturelle Belastungen aus notwendigen Maßnah-
men zur Haushaltskonsolidierung zumindest temporär für Be-
lastungen sorgen.

Die Beurteilung **deutscher Staatsanleihen** muss im europäi-
schen Kontext erfolgen. Die Schuldenkrise in Euroland wird die
Märkte das gesamte Jahr 2011 und darüber hinaus beschäfti-
gen. Bei bonitätsmäßig einwandfreien Anleihen der europäi-
schen Kernländer sind steigende Zinsen daher eher unwahr-

VERSICHERUNGSARTEN

scheinlich. Es spricht vielmehr einiges dafür, dass die Zinsen zehnjähriger Bundesanleihen noch längere Zeit in der Handelsspanne von 2,7 % bis 3,2 % notieren. Mit einer zunehmenden Stabilisierung der Eurozone und deren Banken wird die Erwartung zukünftiger Zinsanhebungen durch die EZB steigen. Die langfristigen Zinsen sollten sich im weiteren Jahresverlauf daher weiter nach oben in Richtung 3,7 % bewegen.

Die Marktentwicklung des **Lebensversicherungsgeschäfts** wird auch 2011 wie im vergangenen Jahr von der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte und der Zinssituation geprägt. Jedoch ist auch weiterhin eine Zurückhaltung in der privaten Geldanlage zu spüren.

Die Lebensversicherungsnachfrage wird 2011 erneut durch die zunehmende Bedeutung der kapitalgedeckten Altersvorsorge gestützt werden. Die Garantie lebenslanger Leistungen wirkt hier zusätzlich zum Sicherheitsmotiv als Alleinstellungsmerkmal. Dementsprechend sollte sich 2011 die hohe Nachfrage nach Riester-Verträgen und Basis-Renten fortsetzen. Jedoch werden keine positiven Sondereffekte wie in früheren Jahren durch die Riester-Stufen wirksam. Auch mit einem erneuten Boom des Neugeschäfts in diesem Bereich wird nicht gerechnet, zumal die politischen Diskussionen über die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Altersvorsorge Ungewissheit entstehen lassen.

Große Chancen bestehen 2011 im Wettbewerb mit anderen Kapitalanlageformen. Bei anhaltend niedrigen Kapitalmarktzinsen bleibt das Einmalbeitragsgeschäft im Fokus. Allerdings wird das Neugeschäft in diesem Bereich beschränkt durch strategische Grenzen, die sich wichtige Marktteilnehmer gesetzt haben. Die Einmalbeiträge werden daher das große Volumen des Jahres 2010 nicht erreichen und um ca. 10 % zurückgehen. Damit lägen sie im Gesamtmarkt immer noch deutlich über dem Niveau von 2009. Für die laufenden Beiträge ist für 2011 ein Rückgang von etwa 1 % zu erwarten, weil das Neugeschäft die Abgänge nicht ausgleichen kann. Insgesamt wird für den Gesamtmarkt von einem Rückgang der Beitragseinnahmen um etwa 3,5 % ausgegangen.

Für die SVL wird 2011 ein deutlicher Rückgang der Beitragseinnahmen erwartet, welcher auf geringere Einmalbeiträge zurückzuführen ist. Darüber hinaus wird mit einem außerordentlichen Anstieg der Abgänge nach Anzahl und nach laufendem Beitrag gerechnet. Hintergrund ist der planmäßige Ablauf vieler in 1999 vor dem Hintergrund steuerlicher Änderungen abgeschlossener Versicherungsverträge. Die Stornoquote wird weiter rückläufig sein. Alles in allem wird es, wie für den Gesamtmarkt, auch für die SVL schwierig werden, die Abgänge von laufenden Beiträgen durch das Neugeschäft zu kompensieren.

Trotz dieser Rahmenbedingungen werden Chancen gesehen, die regional starke Stellung im Bereich der Vorsorge und Vermögensbildung weiter auszubauen. Auch 2011 gilt es in Zusammenarbeit mit dem S-Finanzverbund das Neugeschäft weiter zu forcieren. Ein Fokus soll im Zuge des marktweiten Trends zur kapitalgedeckten Altersvorsorge auf den Bereich der betrieblichen Altersvorsorge gelegt werden.

	Möglicher Anwendungsbereich ¹
BASISVERSORGUNG	
Klassische BasisRente	E
Fondsgebundene BasisRente	E
Sofortbeginnende BasisRente	E
KAPITALGEDECKTE ZUSATZVERSORGUNG	
RiesterRente (Rentenversicherung nach AVmG)	E
Direktversicherung	E, K
Pensionsversicherung	E, K
PRIVATE ZUSATZVERSORGUNG	
Kapitallebensversicherung	
Kapitallebensversicherung auf den Todes- und Erbensfall	E, K
Vermögensbildungsversicherung	E
Risikoversicherung	
Risikoversicherung	E, K
Restkreditversicherung	K
Hypothekenrisikoversicherung	E
Bausparrisikoversicherung	K
Rentenversicherung	
Aufgeschobene Rentenversicherung	E, K
Sofortbeginnende Rentenversicherung	E, K
Berufsunfähigkeitsversicherung	
Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung	E, K
Fondsgebundene Rentenversicherung	
FondsRente	E
Zusatzversicherung	
Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	E, K
Risiko-Zusatzversicherung	E, K
Hinterbliebenen-Zusatzversicherung	E, K
Unfall-Zusatzversicherung	E, K

¹ E = Einzelversicherung; K = Kollektivversicherung

BEWEGUNG DES BESTANDES AN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2010

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR	Anzahl der Versicherungen	lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. BESTAND AM ANFANG DES GESCHÄFTSJAHRES	1.723.756	1.056.640	0	46.108.422
II. ZUGANG WÄHREND DES GESCHÄFTSJAHRES				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	167.377	58.357	1.116.338	3.912.659
b) Erhöhungen der Versicherungssumme (ohne Pos. 2)	0	15.618	55.503	337.576
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0	0	442.039
3. Übriger Zugang	2.391	321	1.607	2.805
4. Gesamter Zugang	169.768	74.296	1.173.448	4.695.079
III. ABGANG WÄHREND DES GESCHÄFTSJAHRES				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	5.784	2.427	0	128.167
2. Ablauf der Versicherung, Beitragszahlung	71.982	36.283	0	2.270.839
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	62.368	46.379	0	1.440.780
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	8.372	3.921	0	432.775
5. Übriger Abgang	2.637	5.604	0	118.147
6. Gesamter Abgang	151.143	94.614	0	4.390.708
IV. BESTAND AM ENDE DES GESCHÄFTSJAHRES	1.742.381	1.036.322	0	46.412.793

	Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen ²	
	Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen		Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €
	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €		
	576.257	524.918	93.104	33.057	672.273	426.899	33.183	43.685	348.939	28.081
	19.747	8.044	10.033	4.177	69.214	40.859	2.180	2.907	66.203	2.370
	0	7.648	0	202	0	7.528	0	269	0	-29
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	993	119	2	2	568	171	0	1	828	28
	20.740	15.811	10.035	4.381	69.782	48.558	2.180	3.177	67.031	2.369
	2.522	1.375	147	65	2.078	662	50	46	987	279
	17.132	24.559	5.173	1.506	6.990	8.211	152	159	42.535	1.848
	21.254	19.347	1.158	834	21.584	22.158	1.741	3.490	16.631	550
	68	744	2.742	881	2.376	1.987	0	0	3.186	309
	591	119	1	2	359	5.412	0	0	1.686	71
	41.567	46.144	9.221	3.288	33.387	38.430	1.943	3.695	65.025	3.057
	555.430	494.585	93.918	34.150	708.668	437.027	33.420	43.167	350.945	27.393

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
B. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)		
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	1.723.756	46.108.422
davon beitragsfrei	469.089	8.531.632
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.742.381	46.412.793
davon beitragsfrei	471.940	8.422.366

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
C. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN ZUSATZVERSICHERUNGEN		
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	265.126	18.115.536
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	253.733	17.658.006

D. BESTAND AN IN RÜCKDECKUNG ÜBERNOMMENEN LEBENSVERSICHERUNGEN	in Tsd. €
1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres	0
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres	0

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen ²	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsver sicherungen) ohne Risikover sicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
576.257	17.478.111	93.104	8.039.412	672.273	14.499.668	33.183	1.262.484	348.939	4.828.747
91.595	1.607.762	10.159	138.207	171.818	4.443.842	7.705	220.860	187.812	2.120.961
555.430	16.470.892	93.918	8.332.340	708.668	15.645.425	33.420	1.261.212	350.945	4.702.925
79.184	1.249.084	8.556	176.465	180.418	4.696.394	7.248	212.114	196.534	2.088.309

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen ¹		Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen ³	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
85.740	2.119.168	146.939	15.266.567	7.085	341.832	25.362	387.968
78.352	1.940.682	144.062	15.010.160	7.014	333.714	24.305	373.450

1 Daneben sind im Rahmen der Hauptversicherung 42.906 (i.VJ. 45.166) Stück mit 3.236.433 (i.VJ. 3.394.101) Tsd. Euro 12fache Jahresrente versichert.

2 Davon Kapitalversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 26.625 Stück; 9.602 Tsd. Euro laufender Beitrag; 409.170 Tsd. Euro Versicherungssumme
 Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 25.143 Stück; 8.439 Tsd. Euro laufender Beitrag; 377.890 Tsd. Euro Versicherungssumme
 Davon Risikoversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 297.065 Stück; 14.198 Tsd. Euro laufender Beitrag; 3.762.462 Tsd. Euro Versicherungssumme
 Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 299.593 Stück; 14.229 Tsd. Euro laufender Beitrag; 3.643.057 Tsd. Euro Versicherungssumme
 Davon Rentenversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 25.249 Stück; 4.281 Tsd. Euro laufender Beitrag; 657.116 Tsd. Euro Versicherungssumme
 Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 26.209 Stück; 4.724 Tsd. Euro laufender Beitrag; 681.978 Tsd. Euro Versicherungssumme

3 Darin sind 24.218 Stück mit 370.384 Tsd. Euro 12fache Jahresrente (i.VJ. 24.231 Stück, 366.868 Tsd. Euro 12fache Jahresrente) anwartschaftlich Hinterbliebenenrente.

BILANZ**AKTIVA**

			Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			0	0
B. KAPITALANLAGEN				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			347.002	349.731
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	136.644			97.592
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.725			25
3. Beteiligungen	439.989			409.643
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55.640			52.655
		634.999		559.914
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.125.892			3.952.897
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	804.411			792.717
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.004.930			1.003.526
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	6.088.317			
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.821.426			
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	58.155			
d) übrige Ausleihungen	190.772	10.158.670		10.129.039
5. Andere Kapitalanlagen		183.788		193.139
		17.277.691		16.071.318
			18.259.691	16.980.963
C. KAPITALANLAGEN FÜR RECHNUNG UND RISIKO VON INHABERN VON LEBENSVERSICHERUNGSPOLICEN			464.759	400.288
D. FORDERUNGEN				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) fällige Ansprüche	7.473			16.203
b) noch nicht fällige Ansprüche	56.205			43.520
		63.678		59.723
2. Versicherungsvermittler		1.551		1.338
		65.229		61.061
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon verbundene Unternehmen: - (-) Tsd. € Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: - (-) Tsd. €			0	1.241
III. Sonstige Forderungen davon verbundene Unternehmen: 1.437 (713) Tsd. € Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 3.992 (3.163) Tsd. €			33.011	41.363
			98.240	103.665
E. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
I. Sachanlagen und Vorräte			8.208	9.560
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			157.179	399.677
III. Andere Vermögensgegenstände			87.315	91.254
			252.702	500.491
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			232.039	236.755
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			100.471	85.209
			332.510	321.964
			19.407.901	18.307.370

PASSIVA

		Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		28.200	28.200
II. Kapitalrücklage		118.021	118.021
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	474		474
2. andere Gewinnrücklagen	60.530		60.530
		61.004	61.004
IV. Bilanzgewinn		0	0
		207.225	207.225
B. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN		80.000	80.000
C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Beitragsüberträge		75.499	78.836
II. Deckungsrückstellung		16.713.317	15.687.785
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	41.737		40.451
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3.140		2.158
		38.597	38.293
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		1.276.977	1.273.800
		18.104.390	17.078.714
D. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN IM BEREICH DER LEBENSVERSICHERUNG, SOWEIT DAS ANLAGERISIKO VON DEN VERSICHERUNGS- NEHMERN GETRAGEN WIRD			
I. Deckungsrückstellung		445.339	388.014
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen		19.420	12.273
		464.759	400.288
E. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		76.940	78.574
II. Steuerrückstellungen		26.597	23.901
davon Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB: - (-) Tsd. €			
III. Sonstige Rückstellungen		22.416	16.248
		125.952	118.723
F. ANDERE VERBINDLICHKEITEN			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		327.313	315.945
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		2.333	0
III. Sonstige Verbindlichkeiten		82.902	92.115
davon		412.548	408.059
aus Steuern: 877 (1.089) Tsd. €			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 97 (12) Tsd. €			
verbundene Unternehmen: 66.043 (79.460) Tsd. €			
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 176 (88) Tsd. €			
G. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		13.027	14.360
		19.407.901	18.307.370

Ich bestätige hiermit, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II und D. I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach den zuletzt genehmigten Geschäftsplänen berechnet worden.

Stuttgart, 28. März 2011

Der Verantwortliche Aktuar
Dr. Medeke

Ich bestätige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Stuttgart, 28. März 2011

Der Treuhänder
Dr. Streib

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

		Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	2.203.518		1.564.536
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	19.166		19.063
		2.184.352	1.545.473
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		3.337	84.056
		2.187.690	1.629.529
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			111.194
			122.925
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		13.802	2.870
davon aus verbundenen Unternehmen: 971 (424) Tsd. €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon aus verbundenen Unternehmen: 10.811 (10.843) Tsd. €			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.875		30.339
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	724.979		757.039
		755.854	787.378
c) Erträge aus Zuschreibungen		13.227	29.545
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		67.795	13.841
		850.679	833.634
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			32.791
			54.584
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			20.613
			19.893
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.497.406		1.498.898
bb) Anteil der Rückversicherer	7.705		8.916
		1.489.701	1.489.981
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	1.285		- 21.057
bb) Anteil der Rückversicherer	981		- 2.709
		304	- 18.348
		1.490.005	1.471.634
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	-1.082.857		
bb) Anteil der Rückversicherer	0		
		-1.082.857	- 564.004
b) Sonstige versicherungstechnische Netto- Rückstellungen		-7.146	- 6.816
		- 1.090.003	- 570.820

			Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			271.218	186.386
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	131.071			114.501
b) Verwaltungsaufwendungen	48.233			44.295
		179.305		158.796
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		9.400		11.683
			169.904	147.113
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		27.344		34.166
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		42.864		157.645
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		19.394		3.126
			89.602	194.937
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			29	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			16.147	13.932
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			76.056	75.745
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Sonstige Erträge		15.704		22.490
2. Sonstige Aufwendungen		39.433		47.682
			- 23.729	- 25.191
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			52.327	50.553
4. Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentliches Ergebnis			511	0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
Erstattung an Organträger	6.119			4.418
	20.112			25.930
		26.230		30.348
6. Sonstige Steuern				
Erstattung an Organträger	578			205
	8			0
		585		206
			26.816	30.553
7. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			25.000	20.000
8. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn			0	0

ANHANG

GRUNDSÄTZLICHE RECHTSVORSCHRIFTEN

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der RechVersV in der zum 31.12.2010 geltenden Fassung aufgestellt.

UMSTELLUNGSEFFEKTE AUS DER ERSTMALIGEN ANWENDUNG DES BILMOG ZUM 01.01.2010

Pensionsrückstellungen

Pensionsrückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem Erfüllungsbetrag anzusetzen. Bei der Ermittlung des Erfüllungsbetrages müssen zukünftige Lohn-, Gehalts- und Rententrends berücksichtigt werden. Die Rückstellungen werden i.S.d. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich aus einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Ermittlung der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen ist in der Rückstellungsabzinsungsverordnung geregelt.

Das Deckungsvermögen wurde gemäß Art. 246 Abs. 2 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs.1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit der entsprechenden Altersversorgungsverpflichtung saldiert.

Vom Wahlrecht, gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB den Umstellungseffekt für die Pensionsrückstellung auf maximal 15 Jahre zu verteilen, wird Gebrauch gemacht.

Der Umstellungseffekt aus der Bewertung beträgt 5,2 Mio. Euro. Dieser Effekt wird anteilig in dem Posten »Außerordentliche Aufwendungen« ausgewiesen. Für das Geschäftsjahr wird aus dem Umstellungsbetrag ein Betrag in Höhe von 0,4 Mio. Euro

als außerordentlicher Aufwand erfasst. Es verbleibt somit ein Restbetrag aus dem Umstellungseffekt in Höhe von 4,8 Mio. Euro, der in den folgenden Geschäftsjahren der Pensionsrückstellung zugeführt wird.

Die Vorjahreszahlen wurden gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die Vorschriften des BilMoG angepasst.

Für die Berechnung des Umstellungseffekts wurden folgende Parameter verwendet:

	31.12.2009 (altes Recht) in %	01.01.2010 (neues Recht) in %
Rechnungszins	4,5	5,25
Gehaltstrend	-	2,50
Rententrend	-	2,00
Rententrend der Sozialversicherung	-	1,00
Fluktuationswahrscheinlichkeit (Durchschnittswert)	-	2,20

Die Bewertung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

Die Steuer- und sonstigen Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag anzusetzen und bei einer Restlaufzeit von über einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuführen.

Die Gesellschaft hat die Umstellungseffekte wie folgt behandelt:

Art der Rückstellung	Gesamtbetrag des Umstellungseffekts in Tsd. Euro	Außerordentlicher Aufwand in Tsd. Euro	Einstellung in die Gewinnrücklagen in Tsd. Euro	Beibehaltungswahlrecht gemäß Art. 67 (1) Satz 2 EGHGB (Überdeckung) in Tsd. Euro
Steuerrückstellungen	2.490	0	0	2.490
Sozialplanrückstellung	25	0	0	25
Beihilferückstellung	-162	162	0	0
Altersteilzeitrückstellung	76	0	0	76
Jubiläumsrückstellung	86	0	0	86
Sonstiges	23	2	0	25
Summe	2.538	164	0	2.702

Für die Rückstellungen für Beihilfezuwendungen, Altersteilzeit, Jubiläumsaufwendungen und für den Vorruhestand wurde derselbe Rechnungszins verwendet, der auch für die Pensionsrückstellungen verwendet wurde. Des Weiteren wurde bei den Rückstellungen für die Anwartschaften auf Beihilfe und den Rückstellungen für Altersteilzeit dieselbe Fluktuationswahrscheinlichkeit wie bei den Pensionsrückstellungen verwendet. Für die Beihilfe wurde ein Kostentrend für die medizinische Versorgung (31.12.2009 0 %; 01.01.2010 3,00 %) eingerechnet.

Die Bewertung der Rückstellungen für die Anwartschaften auf Beihilfe und Jubiläumsaufwendungen erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode). Die Rückstellungen für Altersteilzeit, die Beihilfe für Rentner und der Vorruhestand wurde mit dem Barwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt.

Die Vorjahreszahlen wurden gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die Vorschriften des BilMoG angepasst.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die **Grundstücke** wurden mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen sowie außerplanmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer festgelegt.

Der Zeitwert der Grundstücke wurde entweder nach dem von der Aufsichtsbehörde empfohlenen vereinfachten Ertragswertverfahren für die Bestimmung von Anrechnungswerten im Sicherungsvermögen ermittelt oder durch ein Gutachten nachgewiesen. Es wurden alle Grundstücke im Jahr 2010 bewertet.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden – mit Ausnahme der darin enthaltenen Ausleihungen – mit den Anschaffungskosten bzw. mit ihrem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den Nominalwerten bilanziert.

Zur Ermittlung der Zeitwerte wurde neben dem Ertragswertverfahren auch das Substanzwertverfahren herangezogen. Sofern keines der beiden Verfahren zu angemessenen Ergebnissen führte, wurde der Zeitwert mit dem Buchwert angesetzt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie die festverzinslichen Wertpapiere wurden, sofern der Bestand dem Umlaufvermögen zugeordnet ist, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. Rücknahmewert zum Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern der Bestand dem Anla-

gevermögen zugeordnet ist, wird er gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bis auf den dauerhaft beizulegenden Wert abgeschrieben (gemildertes Niederstwertprinzip). Der Buchwert dieser Kapitalanlagen beträgt 5.469,5 Mio. Euro.

Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Aus unterschiedlichen Anschaffungskosten gleicher Wertpapiere wurde ein Durchschnittswert gebildet. Bei ausländischen Wertpapieren wurde der sich jeweils aus Wertpapier- und Devisenkurs ergebende Mischkurs zugrunde gelegt.

Strukturierte Produkte wurden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Der Zeitwert der Investmentanteile wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Rücknahmepreisen der Fondsanteile angesetzt. Die Aktien, festverzinslichen Wertpapiere sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenkursen des letzten dem Abschlussstichtag vorausgehenden Börsentages bewertet. Zur Bewertung von nicht börsennotierten Papieren wurde der Börsenkurs vergleichbarer börsennotierter Wertpapiere herangezogen bzw. der Zeitwert mit dem Buchwert angesetzt.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sind mit den Nominalwerten unter Abzug von Abschreibungen und Einzelwertberichtigungen angesetzt. Disagiobeträge werden passivisch, Agiobeträge aktivisch abgegrenzt.

Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt.

Die **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind mit dem Zeitwert bilanziert. Der Zeitwert ergibt sich wie bei den Investmentanteilen aus dem Rücknahmepreis der Fondsanteile zum Abschlussstichtag.

Die **übrigen Kapitalanlagen** – mit Ausnahme der anderen Kapitalanlagen, die mit den Anschaffungskosten bilanziert werden – sind mit den Nominalwerten, zum Teil vermindert um Tilgungen und unter Abzug erforderlicher Abschreibungen, bilanziert. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Strukturierte Produkte wurden mit dem Nennwert bilanziert.

Die Zeitwerte zum Bilanzstichtag wurden mit der Barwertmethode unter Verwendung laufzeitkongruenter Zinssätze gegebenenfalls angepasst um bonitätsabhängige Spreads ermittelt.

Für die Ermittlung der **noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer** wird das sogenannte Zillmerverfahren angewandt, um die Abschlusskosten zu decken. Dabei werden bis zu 4 % der Beitragssumme bzw. bis zu 3,5 % der Versicherungs-

summen als noch nicht fällige Forderungen gegen den Versicherungsnehmer ausgewiesen. Die Tilgung der Forderung erfolgt sukzessive durch Beitragsteile, die nach Deckung des laufenden Risikos und der Kosten verbleiben. Bei Verträgen mit aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhöhter Deckungsrückstellung erfolgt die Tilgung der Forderung sukzessive durch Beitragsteile, die nach Deckung des laufenden Risikos, der Kosten und der Bildung der erhöhten Deckungsrückstellung verbleiben. Sobald die Forderung getilgt ist, werden diese Beitragsteile zum Aufbau der Deckungsrückstellung verwendet. Die Forderung wird nach den gleichen Rechnungsgrundlagen wie die Deckungsrückstellung des jeweiligen Vertrags weiterentwickelt. Nach Erfahrungswerten der letzten Jahre und unter Berücksichtigung von Provisionsrückforderungsansprüchen wurde eine Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sowie der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu den Anschaffungskosten. Die Abschreibung erfolgte planmäßig unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Nach § 6 Abs. 2a EStG werden **bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens** mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 150 Euro bis zu 1.000 Euro, vermindert um Vorsteuer, in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird im Jahr der Bildung und in den vier Folgejahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst. Durch Veräußerungen, Entnahmen oder Wertminderungen wird der Wert des Sammelpostens nicht beeinflusst.

Sonstige Aktivposten wurden mit den Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um Absetzungen von einzeln oder pauschal ermittelten Wertberichtigungen, ausgewiesen.

Die Forderungen aus der Aktivierung des Körperschaftssteuer-Guthabens wurden mit 4,0 % abgezinst.

Die Versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen enthalten die **Beitragsüberträge**, die **Deckungsrückstellung**, die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** und die **Rückstellung für Beitragsrückerstattung**.

Für Beteiligungsverträge ist die anteilige Rückstellung von den jeweils führenden Unternehmen berechnet worden. Soweit die Beträge nicht rechtzeitig vorliegen, sind die verwendeten Daten auf Basis der zum Abschluss vorliegenden Informationen mit Hilfe geeigneter Schätzverfahren ermittelt worden.

Die **Beitragsüberträge** stellen bereits vereinnahmte Beiträge dar, die dem künftigen Geschäftsjahr zugerechnet werden. Sie werden unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlungsweise für jeden Versicherungsvertrag einzeln berechnet. Die Beiträge werden um die nicht übertragungsfähigen rechnermäßigen Inkassokosten gekürzt. Die Kürzung beträgt höchstens 4 % der Beiträge.

In der **Deckungsrückstellung** sind alle versicherungstechnischen Reserven für garantierte Ansprüche der Versicherten enthalten. Die Berechnung erfolgt einzelvertraglich. Bei Versicherungen, bei denen der Rückkaufswert größer als die Deckungsrückstellung ist, wurde der höhere Rückkaufswert bilanziert. Verwaltungskostenrückstellungen waren nicht zu bilden.

Um der gestiegenen Lebenserwartung Rechnung zu tragen werden für Rentenversicherungen Auffüllungen nach dem von der DAV entwickelten und durch Geschäftspläne genehmigten Verfahren zur Bildung angemessener Deckungsrückstellungen vorgenommen. Für die Berechnung der Auffüllungsbeträge werden bei aufgeschobenen Rentenversicherungen linear interpolierte Werte zwischen den Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20 herangezogen. Für Rentenversicherungen im Rentenbezug wird die Sterbetafel DAV 2004 R-B20 verwendet. Hierbei werden Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für Berufsunfähigkeits-(Zusatz-)Versicherungen, die nicht auf Basis der DAV-Tafeln 1997 I für das BU-Risiko kalkuliert sind, wurden Kontrollberechnungen zur Angemessenheit der gebildeten BU-Rückstellungen durchgeführt. Grundlage waren dabei die den unternehmensindividuellen Verhältnissen angepassten DAV-Tafeln 1997 I. Danach waren zusätzliche Deckungsrückstellungen zu bilden.

Für die vor Deregulierung des Versicherungsmarktes abgeschlossenen Verträge (sogenannter **Altbestand**) erfolgt die Berechnung nach Maßgabe der genehmigten Geschäftspläne nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten. Hierbei werden für die verschiedenen Kapitallebens- und Rentenversicherungen die geschäftsplanmäßigen Rechnungszinssätze und biometrischen Rechnungsgrundlagen angewandt.

Bei Kapitalversicherungen wird eine Zillmerung von maximal 35 ‰ der Versicherungssumme vorgenommen. Bei Rentenversicherungen beträgt die Zillmerung maximal 35 % der Jahresrente. Für die aus den zugewiesenen Überschussanteilen nach dem Bonussystem gebildeten zusätzlichen Versicherungssummen (Bonus) werden die gleichen Rechnungsgrundlagen verwendet wie bei den dazugehörigen Hauptversicherungen.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung im **Neubestand** (nach Deregulierung des Versicherungsmarktes) erfolgt grundsätzlich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten. Hierbei werden die bei Vertragsabschluss gemäß DeckRV zulässigen Rechnungszinssätze sowie die in den technischen Geschäftsplänen festgelegten biometrischen Rechnungsgrundlagen angewandt.

Soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, erfolgt die Berechnung der Deckungsrückstellung nach der retrospektiven Methode anhand der zum Bilanzstichtag gültigen Börsenwerte der erworbenen Fondsanteile.

Bei Kapital- und Rentenversicherungen wird eine Zillmerung von maximal 40 % der Beitragssumme vorgenommen. Für die aus den zugewiesenen Überschussanteilen nach dem Bonus-system gebildeten zusätzlichen Versicherungssummen (Bonus) werden die gleichen Rechnungsgrundlagen verwendet wie bei den dazugehörigen Hauptversicherungen.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft wird sowohl hinsichtlich der Bruttobeträge als auch der auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entfallenden Beiträge für jeden bis zum Bilanzstichtag eingetretenen aber noch nicht abgewickelten Versicherungsfall, sofern er bekannt war, einzeln ermittelt und in der zu erwartenden Leistungshöhe gebildet. Für zu erwartende Spätschäden werden Rückstellungen unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten gebildet. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde auf Grundlage des BMF Schreibens vom 02.01.1973 mit 1 % der in Frage kommenden Rückstellungen gebildet.

Die **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** wurde nach den gültigen Rechtsgrundlagen gebildet. Sie enthält ausschließlich erfolgsabhängige Beitragsrückerstattungen.

Der in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung enthaltene Schlussüberschussanteilsfonds berücksichtigt die erreichten Anwartschaften auf Schlussüberschussbeteiligung. Diese werden einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode berechnet. Für den Altbestand gemäß § 11 c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Schlussüberschussanteilsfonds als Barwert des erreichten Schlussüberschussanteilsanspruchs am Ende des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung von Zins und Ausscheidewahrscheinlichkeiten und einem sich daraus ergebenden Gesamtdiskontierungszinssatz von 5,0 % berechnet. Der Schlussüberschussanteilsfonds des Neubestandes wurde nach dem vorstehend für den Altbestand beschriebenen Verfahren berechnet, wobei sowohl das Berechnungsverfahren als auch der im Gesamtdiskontierungszinssatz von 5,0 % enthaltene eigentliche Zinssatz die Bedingungen des § 28 Absatz 7 RechVersV erfüllen.

Die Versicherungsnehmer werden gemäß § 153 VVG an den Überschüssen und Bewertungsreserven (Überschussbeteiligung) beteiligt.

Von den Nettoerträgen der anzurechnenden Kapitalanlagen (§ 3 MindZV), erhalten die Versicherungsnehmer insgesamt mindestens den in dieser Verordnung genannten prozentualen Anteil.

Weitere Überschüsse entstehen insbesondere dann, wenn die versicherten Risiken und Kosten niedriger ausfallen als bei der Beitragskalkulation angenommen.

Die Überschussdeklaration berücksichtigt, dass verschiedene Versicherungsarten unterschiedlich zum Überschuss beitragen (verursachungsorientiertes Verfahren).

Der Überschuss wird der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Diese Rückstellung darf grundsätzlich nur für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer verwendet werden.

Als Überschussverwendungen sind Summenzuwachs bzw. Bonusrente, verzinsliche Ansammlung, Fondsansammlung, Beitragsverrechnung und Mehrleistung möglich.

Bei kapitalbildenden Versicherungen sowie Rentenversicherungen in der Aufschubphase werden außerdem am Ende jedes überschussberechtigten vollendeten Versicherungsjahres Schlussüberschussanteile ermittelt und daraus nicht garantierte Kapitalleistungen gebildet. Diese können nachträglich reduziert werden, sofern dies sachlich gerechtfertigt ist. Ob und in welcher Höhe Schlussüberschussanteile fällig werden, richtet sich nach der zum Fälligkeitszeitpunkt geltenden Überschussdeklaration.

Zusätzlich zu den bereits aufgeführten Überschüssen wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Sie schwanken sehr stark und können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten der Versicherungsnehmer.

Die Bewertung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Die Auswirkung der Veränderung des Rechnungszinssatzes wird im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Es wurden folgende Parameter verwendet:

	31.12.2010 in %	01.01.2010 in %
Rechnungszins	5,16*	5,25
Gehaltstrend	2,50	2,50
Rententrend	2,00	2,00
Rententrend der Sozialversicherung	1,00	1,00
Fluktuationswahrscheinlichkeit (Durchschnittswert)	2,20	2,20

* Zinssatz zum 31.10.2010

Die Bewertung des Deckungsvermögens entspricht bei der Pensionsrentenversicherung und der Rückdeckungsversicherung für Ansprüche aus Entgeltumwandlung der Höhe der Deckungsrückstellung. Die Vermögensgegenstände der Pensionskasse werden mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Die Zinserträge und die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes des Deckungsvermögens werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Für die Ermittlung dieser Erträge wurden folgende Parameter verwendet:

Pensionsrentenversicherung	4,00 %
Rückdeckungsversicherung – Entgeltumwandlung –	4,05 %

Die Bewertung der **Rückstellungen für zu erwartende Verpflichtungen aus Vorruhestandsvereinbarungen** erfolgt nach dem Barwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Es wurde der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins verwendet.

Die Bewertung der **Rückstellungen für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen** erfolgt nach dem Barwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Es wurde der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins verwendet. Die Bewertung erfolgt gemäß der Stellungnahme des IDW RS HFA 3 vom 18.11.1998.

Die Bewertung der **Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen und für Anwartschaften auf Beihilfe** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Bei der **Rückstellung für Beihilfezuwendungen** wird für **Rentner** der versicherungsmathematische Barwert der laufenden Leistungen angesetzt. Des Weiteren wurde bei der Rückstellung für Jubiläumsaufwendungen und der Rückstellung für Beihilfezuwendungen der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins und die Fluktuationswahrscheinlichkeit wie bei der Pensionsrückstellung angesetzt. Bei der Rückstellung für Beihilfezuwendungen wurde ein Kostentrend für die medizinische Versorgung in Höhe von 3,0 % eingerechnet.

Die anderen **sonstigen Rückstellungen** wurden nach dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag gebildet und bei einer Restlaufzeit von über einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Als Kostensteigerung wurde bei den Rückstellungen für Aufbewahrung Geschäftsunterlagen und Datenzugriff Finanzverwaltung eine Inflationsrate von 2 % berücksichtigt.

Andere Verbindlichkeiten wurden mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Auf **fremde Währung** lautende Beträge wurden am Ende des Geschäftsjahres mit dem Jahresschlusskurs bewertet.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Gegenüber Anteilen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen bestehen zum Bilanzstichtag Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von 205,9 Mio. Euro.

Im Rahmen von in Aktien verbrieften Private-Equity-Engagements bestehen Anteilsabnahmeverpflichtungen in Höhe von 38,8 Mio. Euro.

Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten aus offenen Darlehenszusagen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 6,5 Mio. Euro.

Außerdem bestehen Anteilsabnahmeverpflichtungen bei Immobilienfonds in Höhe von 190,6 Mio. Euro.

Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Vorkäufen in Höhe von 321,4 Mio. Euro und aus Short-Put-Optionen in Höhe von 18,5 Mio. Euro. Im Rahmen von Multitranchen-Namenschuldverschreibungen bestehen Andienungsrechte von Emittenten in Höhe von 90,0 Mio. Euro.

Auf zugesagte, jedoch noch nicht valutierte Realkredite bestehen Verpflichtungen in Höhe von 70,9 Mio. Euro.

Die genannten Nachzahlungsverpflichtungen, Anteilsabnahmeverpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen beinhalten noch nicht geleistete Einlagen oder wurden im Rahmen der Kapitalanlage eingegangen. Die zu erwartenden Zahlungsströme sind in der Investmentplanung berücksichtigt.

Die Haftung der Gesellschaft als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf, ist auf den nicht eingeforderten Stammkapitalanteil in Höhe von 1,3 Mio. Euro begrenzt.

Die SVL ist gemäß der §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die SVL hat hieraus keine Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Dies entspricht einer Verpflichtung von 18,7 Mio. Euro.

Zusätzlich hat sich die SVL verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 168,0 Mio. Euro.

ANGABEN ZUR BILANZ

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A., B. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2010

B. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEN GRUNDSTÜCKEN

B. II. KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht
 5. Summe B. II.
-

B. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht
festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere
festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) übrige Ausleihungen
 5. Andere Kapitalanlagen
 6. Summe B. III.
-

INSGESAMT

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	349.731	5.961	0	469	0	8.222	347.002
	97.592	45.500	0	0	34	6.481	136.644
	25	2.700	0	0	0	0	2.725
	409.643	77.388	-25.000	15.088	3.338	10.291	439.989
	52.655	8.218	0	5.233	0	0	55.640
	559.914	133.806	-25.000	20.321	3.372	16.773	634.999
	3.952.897	2.315.994	25.000	1.171.778	9.855	6.076	5.125.892
	792.717	391.450	0	375.604	0	4.152	804.411
	1.003.526	107.773	0	105.702	0	667	1.004.930
	6.217.421	307.584	-15.000	421.687	0	0	6.088.317
	3.626.087	607.353	15.000	427.014	0	0	3.821.426
	64.290	13.964	0	20.098	0	0	58.155
	221.241	3.280	0	27.924	0	5.825	190.772
	193.139	0	0	8.201	0	1.150	183.788
	16.071.318	3.747.397	25.000	2.558.010	9.855	17.870	17.277.691
	16.980.963	3.887.164	0	2.578.800	13.227	42.864	18.259.691

Grundstücke

Vom Bilanzwert entfallen 140.794 Tsd. Euro auf Grundstücke und Bauten, die überwiegend von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen im Rahmen ihrer Tätigkeit genutzt werden.

Es wurden 358 Tsd. Euro (Vj. 0,0 Tsd. Euro) außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorgenommen.

**Verbundene Unternehmen und Beteiligungen
(Angaben nach § 285 Nr. 11 HGB)**

	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital ¹ Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				
SV Beteiligungs- und Grundbesitzgesellschaft mbH, Stuttgart	100,0	2010	49.889	-7.964
SV Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,0	2010	2.669	-1.213
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Dotzheim KG	100,0	2010	10.105	-121
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Löwentor KG, Stuttgart	94,9	2010	28.184	86
Magdeburger Allee 4 Projektgesellschaft mbH, Erfurt	66,7	2010	6.620	-141
SV Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Stuttgart	66,7	2010	26.469	871
ecosenergy Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Greven	60,0	2010	50	580
Neue Mainzer Str. 52-58 Finanzverwaltungs GmbH & Co. Hochhaus KG, Stuttgart	33,3	2010	62.325	459
HNT-Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	25,0	2009	1.292	-54
ecosenergy GmbH, Greven	20,0	2010	2.062	2.101
2. Beteiligungen				
Grundstücksverwaltungsgesellschaft LBBW IM / SVL GbR, Mannheim	50,0	2009	1.103	164
Adveq Europe III Zweite Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	45,5	2009	29.617	1.701
Adveq Technology V Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	43,7	2009	26.028	-927
Adveq Europe III Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	37,0	2009	29.438	2.094
Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe	30,0	2009	10.164	445
Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin	29,0	2009	112.821	936
Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin und Potsdam	29,0	2009	19.300	0
Adveq Opportunity I Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	28,7	2009	38.188	4.201
Adveq Asia I Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	28,0	2009	18.256	2.626
PE Capital Germany SeCS SICAR, Luxemburg	26,7	2009	87.675	-375
Adveq Technology IV Zweite Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	26,1	2009	32.195	278
BVS Betriebsvorsorge Service GmbH, München	21,2	2009	519	6
NWAK GmbH Versicherungsmakler Netzwerk Assekuranzkontor GmbH Versicherungsmakler, Lübeck	20,6	2009	452	145

¹ Eigenkapital gemäß Ausweis auf der Passivseite der Bilanz, d. h. ohne Berücksichtigung der ausstehenden Einlagen

Auf die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 16.773 Tsd. Euro vorgenommen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich um ein Schuldscheindarlehen.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Hierbei handelt es sich um Schuldscheindarlehen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Auf Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 642 Tsd. Euro vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 667 Tsd. Euro vorgenommen.

Übrige Ausleihungen

Auf Übrige Ausleihungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 5.825 Tsd. Euro vorgenommen.

Zeitwert der Kapitalanlagen

	Buchwert Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	Reserven Tsd. €
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	347.002	379.758	32.756
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	136.644	134.016	-2.628
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.725	2.725	0
3. Beteiligungen	439.989	458.572	18.583
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	55.640	55.671	31
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.125.892	5.207.309	81.417
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	804.411	801.567	-2.844
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.004.774	1.068.574	63.801
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	6.137.123	6.435.412	298.289
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.859.292	4.003.587	144.296
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	58.155	58.155	0
d) übrige Ausleihungen	191.332	182.934	-8.397
5. Andere Kapitalanlagen	183.788	183.980	192
Insgesamt	18.346.766	18.972.262	625.496

Die in den Buchwerten enthaltenen zum Nennwert bilanzierten Anlagen sind um Agio/Disagio (87.076 Tsd. Euro) saldiert berücksichtigt.

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen in Mio. Euro:

zu Anschaffungskosten	18.371,7
zu beizulegenden Zeitwerten	19.416,5
Saldo	1.044,8

Die Gesellschaft ermittelt die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen, die in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, mittels eines Indexverfahrens. Grundlage sind die Kurswerte zum ersten Börsentag eines jeweiligen Monats unter der vorausschauenden Einbeziehung der bereits bekannten Effekte des laufenden Monats. Dies kann je nach Entwicklung des Marktes zu Abweichungen der Bewertungsreserven nach VVG und den tatsächlichen Bewertungsreserven führen, da letztere erst zum Monatsultimo ermittelt werden.

Angaben für zu den Finanzanlagen gehörenden Finanzinstrumenten gemäß § 285 Nr. 18 HGB (unterlassene Abschreibungen)

	Buchwert Tsd. €	Zeitwert Tsd. €
I. Grundstücke	8.593	7.860
II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	66.032	61.941
3. Beteiligungen	176.766	168.728
III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.404.215	2.392.574
2. Inhaberschuldverschreibungen	414.896	383.900
4. b) Zero-Bonds in den Schuldscheinforderungen	20.621	20.372
6. Andere Kapitalanlagen	87.222	85.845

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen ergeben sich keine dauerhaften Wertminderungen bzw. Abweichungen von den positiven Renditeerwartungen im Bereich der Beteiligungen und im Bereich der Investmentanteile.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen handelt es sich um bonitätsmäßig einwandfreie Emittenten, sodass von einer vollständigen Rückzahlung bei Endfälligkeit auszugehen ist. Darin enthalten sind auch Investitionen in Staats- und Regionalanleihen von Spanien und Italien mit einem Buchwert von 176.401 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 152.969 Tsd. Euro. Durch den im Mai 2010 eingerichteten europäischen Rettungsschirm für hochverschuldete Staaten wird von keiner dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Ein Abschreibungserfordernis ergibt sich in soweit nicht.

Auch bei den anderen Kapitalanlagen ist mit einer vollständigen Rückzahlung bei Fälligkeit zu rechnen, so dass sich keine Abschreibungserfordernis ergibt.

Angaben für zu Anteilen oder Anlageaktien an Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Fondskategorie / Anlageziel	Buchwert Tsd. €	Anteilswert Tsd. €	Stille Lasten Tsd. €	Stille Reserven Tsd. €	Ausschüttung im Geschäfts- jahr Tsd. €	Gründe für unterlassene Ab- schreibung § 253 Abs. 3 S 4 Tsd. €	Beschränkungen im Hinblick auf eine tägliche Rückgabe
Mischfonds (Aktien und Renten)	3.245.863	3.272.554	-2.650	29.341	74.611	Nachhaltiger Wert über Buchwert	keine Beschränkung
Rentenfonds	1.368.863	1.408.114	-4.988	44.239	78.283	Nachhaltiger Wert über Buchwert	keine Beschränkung
Immobilienfonds	285.497	286.553	0	1.055	11.504		keine Beschränkung
Sonstige Sondervermögen (Anlage in insurance linked securities)	20.000	21.094	0	1.094	0		vierteljährliche Rückgabe
	4.920.224	4.988.315	-7.638	75.728	164.398		

Derivative Finanzinstrumente

Im Bestand befinden sich Short-Put-Optionen mit einem Nominalwert von 18.500 Tsd. Euro. Die erhaltene Optionsprämie in Höhe von 185 Tsd. Euro ist unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Optionen werden nach dem allgemein anerkannten Black-Scholes-Modell auf Basis des Schlusskurses des relevanten Zinssatzes bewertet. Die Volatilität wird auf Basis aktuell gehandelter impliziter Volatilitäten unter Berücksichtigung von Restlaufzeiten und dem Verhältnis zwischen Strike zu Preis und Stichtagskurs geschätzt. Der Zeitwert der sich aus den genannten Optionen ergebenden Verbindlichkeit beläuft sich auf 9 Tsd. Euro.

Zahlungsströme aus variabel verzinsten Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen werden durch den Einsatz von Zinsswaps in feste Zahlungsströme getauscht. Der Wert dieser Swapgeschäfte ergibt sich aus der Differenz der Barwerte der fixen und der variablen Zahlungsströme. Der erwartete variable Zahlungsstrom ergibt sich aus den Forwardswapsätzen zum Zeitpunkt der Bewertung, während der fixe Zahlungsstrom bei Abschluss des Swaps feststeht. Die zum Stichtag bereits valuierten Zinsswaps mit einem Nominalwert von 280.000 Tsd. Euro haben einen Zeitwert in Höhe von 32.385 Tsd. Euro. Die noch offenen Forward-Zinsswaps mit einem Nominalwert von 470.000 Tsd. Euro weisen einen Zeitwert in Höhe von 24.393 Tsd. Euro auf.

Die Vorkäufe (Forwards) über Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 321.358 Tsd. Euro werden mit den am Bewertungsstichtag herrschenden Forwardswapsätzen analog zur Bewertung von festverzinslichen Finanztiteln mittels der Spotsätze bewertet. Es ergibt sich für die Vorkaufsrechte ein Zeitwert in Höhe von 12.155 Tsd. Euro.

Bewertungseinheiten

Im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges werden variable Zahlungsströme aus einem (künftigen) Grundgeschäft in feste Zahlungsströme transformiert. Damit soll das Wiederanlagerisiko (Zinsänderungsrisiko) begrenzt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Forward-Receiver-Zinsswaps eingesetzt. Hierdurch verpflichtet sich die SVL in der Zukunft in einen Zinsswap mit bereits heute fixierten Konditionen einzutreten. Die SVL erhält dann einen festen Zinssatz aus dem Zinsswap. Im Gegenzug verpflichtet sie sich, einen dann gültigen variablen Zinssatz an den Swapkontrahenten zu zahlen. Bei den (künftigen) Grundgeschäften handelt es sich um variabel verzinsten Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen, welche parallel zum Eintritt in den Zinsswap angeschafft werden. Die variable Zinszahlung basiert mit einer Ausnahme auf dem 6-Monats-Euribor. Zum Stichtag waren Grundgeschäfte mit einem Nominalvolumen in Höhe von 280.000 Tsd. Euro und Laufzeiten bis zum Jahr 2025 valuiert. Das noch nicht valu-

tierte Nominalvolumen betrug 470.000 Tsd. Euro. Bei den künftig noch zu erwerbenden Grundgeschäften handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen nach § 254 HGB. Die SVL betreibt eine kontinuierliche Finanz- und Liquiditätsplanung. Damit kann die Wahrscheinlichkeit, dass die zur Verfügung stehende Liquidität ausreicht, um wie geplant variabel verzinsten Finanzinstrumente als Grundgeschäfte für die Bewertungseinheiten zu erwerben, als ausreichend hoch eingestuft werden. Dies erlaubt es, eine antizipative Sicherung zu begründen.

Die Bestimmung der prospektiven Wirksamkeit erfolgt durch die Methode des Critical Term Match. Diese Vereinfachungsregel wurde gewählt, da das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument hinsichtlich der wesentlichen Ausstattungsmerkmale identisch sind. Somit ist es wahrscheinlich, dass sich die Änderungen der Cash Flows aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument vollständig kompensieren.

Der Nachweis der retrospektiven Wirksamkeit erfolgt durch die Hypothetical Derivative-Methode. Da die Konditionen des Sicherungsinstruments und des Grundgeschäfts vollständig übereinstimmen, korrelieren die absoluten Wertänderungen vollständig negativ. Somit werden keine Unwirksamkeiten erwartet.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Der Anlagestock setzt sich zum 31.12.2010 aus den nachfolgend genannten Anteilseinheiten zusammen:

Stück	Bezeichnung der Investmentanteile	Gesamtwert Tsd. €
135.970	BW Zielfonds 2020	4.690
61.363	BW Zielfonds 2025	2.057
137.066	BW Zielfonds 2030	4.589
9.715	Deka Bund + S Finanz: 1-3	426
1.905	DekaLux – Treasury: Euro	96
279.562	DekaStruktur: Chance	12.723
5.662	DekaStruktur: ErtragPlus	259
61.604	DekaStruktur: Wachstum	2.837
761.686	DekaStruktur: 2 Chance	26.743
550.791	DekaStruktur: 2 ChancePlus	17.278
141.120	DekaStruktur: 2 ErtragPlus	6.492
372.709	DekaStruktur: 2 Wachstum	15.762
180.078	DekaStruktur: 3 Chance	7.981
182.030	DekaStruktur: 3 ChancePlus	8.049
40.511	DekaStruktur: 3 ErtragPlus	1.934
111.994	DekaStruktur: 3 Wachstum	5.311
61.622	DekaStruktur: 4 Chance	3.652

Stück	Bezeichnung der Investmentanteile	Gesamtwert Tsd. €
130.614	DekaStruktur: 4 ChancePlus	8.843
31.193	DekaStruktur: 4 Ertrag	1.491
29.012	DekaStruktur: 4 ErtragPlus	1.429
86.607	DekaStruktur: 4 Wachstum	4.663
45.767	DekaStruktur: V Chance	3.990
164.862	DekaStruktur: V ChancePlus	15.456
8.678	DekaStruktur: V Ertrag	867
18.317	DekaStruktur: V ErtragPlus	1.729
49.311	DekaStruktur: V Wachstum	4.687
5.883	Deka- TopGarant 2018-2021	568
6.154	Deka- TopGarant 2022-2025	549
4.047	Deka- TopGarant 2026-2029	356
1.037	Deka- TopGarant 2030-2033	94
2.406	Deka- TopGarant 2034-2037	210
988	Deka- TopGarant 2038-2041	82
1.088	Deka- TopGarant 2042-2045	90
4.609	Deka- TopGarant 2046-2049	375
971	Deka- TopGarant 2050-2053	78
257	Deka-Wertkonzept CF (T)	285
341	Deka-Wertkonzept defensiv CF (T)	34
5.647	Deka-Wertkonzept offensiv CF (T)	576
2.298	Deka-Zielfonds 2015-2019	100
10.025	Deka-Zielfonds 2020-2024	425
9.579	Deka-Zielfonds 2025-2029	423
4.948	Deka-Zielfonds 2030-2034	233
5.860	Deka-Zielfonds 2035-2039	204
2.997	Deka-Zielfonds 2040-2044	104
3.286	Deka-Zielfonds 2045-2049	114
1.540	Deka-Zielfonds 2050-2054	52
19.667	GS Europe CORE Equity Portfolio	205
21.802	JPMorgan Global Focus A (dist)	477
1.135.863	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 20	45.696
2.333.025	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 40	94.954
3.675.667	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 75	152.577
18.060	Landesbank Baden-Württemberg Rentenfonds Euro Deka	710
1.410	Naspa-Aktienfonds Deka	53
8.404	NaspaFondsStrategie: Chance	347
2.668	NaspaFondsStrategie: Ertrag	127
4.669	NaspaFondsStrategie: Wachstum	211
20.166	RenditDeka	413

Andere Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um vorausgezahlte Versicherungsleistungen.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten (Aktiva)

Das Agio aus Kapitalanlagen ist mit 99.659 Tsd. Euro enthalten.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital ist in 26.771 auf den Namen lautende vinkulierte Stückaktien eingeteilt und wird zum Bilanzstichtag wie folgt gehalten:

	Anzahl Aktien	Anteil %
SVH	26.768	99,989
Sparkassenverband Baden-Württemberg	2	0,007
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1	0,004
	26.771	100.000

Andere Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklage beträgt unverändert zum Vorjahr 60.530 Tsd. Euro.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die SVG hat der Gesellschaft zwei Nachrangdarlehen in Höhe von 80.000 Tsd. Euro gewährt.

Deckungsrückstellung

Für die – gemessen an der Deckungsrückstellung (einschließlich aller Zusatzrisiken und der Überschussbeteiligung) – wichtigsten Teilbestände (insgesamt mehr als 90 %) wurden hinsichtlich der Hauptversicherung folgende Rechnungsgrundlagen verwendet:

Altbestand

- Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1924/26 und 1960/62 mod. M mit einem Rechnungszins von 3,0 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafeln 1981/83 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme.

- Aufgeschobene Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3,0 % und einem Zillmersatz von 25 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente und bei den Berech-

nungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafel 1994 R sowie linear interpolierte Werte zwischen den DAV-Sterbetafel 2004 R-Bestand und 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 4,0 %.

- Laufende Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3,0 % und bzw. die Sterbetafel 1987 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und bei den Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafel 1994 R sowie die DAV-Sterbetafel 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 4,0 %.

Neubestand

- Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0 %, 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 % der Beitragssumme;

- Aufgeschobene Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 R für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0 %, 3,25 % und 2,75 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 % der Beitragssumme bzw. die DAV-Sterbetafel 2004 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 2,75 % und 2,25 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 % der Beitragssumme und bei den Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge linear interpolierte Werte zwischen den DAV-Sterbetafel 2004 R-Bestand und 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0%, 3,25% und 2,75 %.

- Laufende Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafel 2004 R – B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 4,0 %, 3,25 % und 2,75 % bzw. die DAV-Sterbetafel 2004 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 2,75 % und 2,25 %.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Tsd. €
Bilanzwert Vorjahr	1.273.800
Zuführungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	271.218
Sonstige Zuführungen	4.682
Entnahme für die Versicherungsnehmer	272.723
Stand 31.12.2010	1.276.977

Von dem zum 31.12.2010 ausgewiesenen Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf:

	Tsd. €
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	150.700
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	37.644
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	37.644
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven (ohne Beträge nach Pos. c)	5.774
e) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. a)	672
f) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. b und e)	255.779
g) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. c)	255.779
h) den ungebundenen Teil	532.985
Gesamt	1.276.977

Die Überschussanteile für die Versicherten sind auf den Seiten 48-66 dargestellt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Buchwert Tsd. €	Anschaffungskosten Tsd. €
Erfüllungsbetrag aus erdienten Ansprüchen zum 31.12.2010	120.088	
Verrechnungsfähiges Deckungsvermögen zum 31.12.2010	38.290	37.926
davon aus Versicherungsverträgen	29.234	29.234
davon aus Sonstigen	9.056	8.692
Unterdeckung zum 31.12.2010	4.858	
Saldierter Ausweis in der Bilanz	76.940	

	Tsd. €
Zinsaufwand aus Pensionsverpflichtung	6.278
Zinsertrag (einschließlich laufender Ertrag) aus Deckungsvermögen	-1.422
Veränderung Zeitwert aus Deckungsvermögen	- 109
Saldierter Ausweis im sonstigen Aufwand	4.747

	Tsd. €
Personalaufwand (Altersversorgung) aus Pensionsverpflichtung	-6.448
Personalaufwand (Altersversorgung) aus Deckungsvermögen	556
Saldierter Ausweis im Personalaufwand (Altersversorgung) vor Kostenverteilung	-5.892

Steuerrückstellungen/Sonstige Rückstellungen

	Bilanzwert zum 31.12.2010 Tsd. €	Überdeckung zum 31.12.2010 durch Anwendung des Beibehaltungswahlrechts zum Umstellungszeitpunkt auf BilMoG Tsd. €
Steuer	26.597	3.315
Drohende Verluste aus eingebetteten Derivaten	7.057	
Altersteilzeit	4.134	
Zinsen auf Steuernachzahlung	3.640	
Unterlassene Instandhaltung	3.156	
Beihilfezuwendungen	1.216	
Jubiläumsaufwendungen	621	57
Tantieme/Erfolgsbeteiligung	608	
Urlaubs-/Gleitzeitguthaben	582	
Sonstige	1.402	33

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Der weitaus größte Posten mit 318.508 Tsd. Euro entfällt auf die den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Überschussanteile, die bis zur Fälligkeit der Versicherungsleistung verzinslich angesammelt werden.

Rechnungsabgrenzungsposten (Passiva)

Das Disagio aus Kapitalanlagen ist mit 12.583 Tsd. Euro enthalten.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Gesamtes Versicherungsgeschäft	2.203.518	1.564.536
davon Einzelversicherungen	2.124.974	1.498.811
davon Kollektivversicherungen	78.544	65.725
davon laufende Beiträge	1.030.070	1.052.012
davon Einmalbeiträge	1.173.448	512.524
davon ohne Überschussbeteiligung	11.899	4.815
davon mit Überschussbeteiligung	2.145.605	1.515.009
davon Kapitalanlagerisiko von Versicherungsnehmern getragen	46.014	44.712

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft - Rückversicherungssaldo

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Anteile der Rückversicherer an		
verdienten Bruttobeiträgen	19.166	19.063
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	8.687	6.207
Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	9.400	11.683
Saldo zu unseren Gunsten (-) / zu unseren Lasten (+)	1.079	1.173

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	84.790	71.031
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	15.881	15.385
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.725	2.665
5. Aufwendungen für Altersversorgung	919	3.683
6. Aufwendungen insgesamt	104.315	92.763

Außerordentliche Aufwendungen

In den außerordentlichen Aufwendungen werden Aufwendungen erfasst, die sich größtenteils aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen und Rückstellung für Beihilfezuwendungen durch die Änderungen des BilMoG ergaben.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr ergab sich gegenüber dem Vorjahr (30.348 Tsd. Euro) ein Steueraufwand in Höhe von 26.230 Tsd. Euro.

Die SVL ist seit dem Jahr 2009 ertragsteuerliche Organgesellschaft der SVH. Da sich die ertragsteuerlichen Konsequenzen aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Bilanzierung beim Organträger ergeben, werden die bei der SVL zum 31.12.2010 bestehenden Bewertungsunterschiede zwi-

schen Handels- und Steuerbilanz bei der Bildung von latenten Steuern bei der SVH berücksichtigt (vgl. hierzu Geschäftsbericht 2010 der SVH). Bei der SVL erfolgt daher zum 31.12.2010 kein Ausweis von latenten Steuern.

ANGABEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Als nahe stehende Unternehmen wurden die verbundenen Unternehmen (Angabe auf Seite 12) identifiziert sowie Unternehmen bei denen ein beherrschender Einfluss besteht.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands bzw. der Geschäftsführung und der Generalbevollmächtigte der SV-Gesellschaften sowie deren nahe Familienangehörige.

Bei den Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen handelt es sich im Wesentlichen um allgemeine Personen- und Sachversicherungsverträge sowie um Darlehen.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen erfolgen zu marktüblichen Konditionen beziehungsweise mit bei den SV-Gesellschaften üblichen Mitarbeitervergünstigungen.

SONSTIGE ANGABEN

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 329 Inendienst-Mitarbeiter, davon 47 Auszubildende, angestellt.

Der Vorstand erhält seine Bezüge von der mit der Gesellschaft verbundenen SVH. Die Belastung der Gesellschaft erfolgt über Dienstleistungsverrechnung. Dies galt für das abgelaufene Geschäftsjahr auch für diejenigen Vorstandsmitglieder, die bis Ende 2010 einen Dienstvertrag mit der berichtenden Gesellschaft hatten. Frühere Vorstandsmitglieder bzw. ihre Hinterbliebenen haben von der Gesellschaft 1.488 Tsd. Euro erhalten. Für sie bestehen Soll-Pensionsrückstellungen in Höhe von 13.570 Tsd. Euro. Hierfür besteht eine Unterdeckung aus der BilMoG-Umstellung in Höhe von 1.049 Tsd. Euro, die über den vorgesehenen Zeitraum den Pensionsrückstellungen zugeführt wird. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 248 Tsd. Euro. An Mitglieder des Aufsichtsrates bestanden zum Bilanzstichtag Kredite in Höhe von 416 Tsd. Euro mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,5 %. Im Geschäftsjahr wurden Tilgungen in Höhe von 120 Tsd. Euro vorgenommen. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses lagen marktübliche Konditionen vor. Die Darlehen sind durch Grundbesitz besichert.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf den Seiten 4-5 aufgeführt.

Auf die Angabe der Abschlussprüferhonorare nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da die SVL in einen Konzernabschluss integriert ist und diese Angabe dort vorgenommen wird.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der SVH einbezogen, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Gesellschaft ist somit gem. § 291 HGB von der Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses und eines Teilkonzernlageberichts befreit.

Stuttgart, 28. März 2011

SV SparkassenVersicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft



Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl



Dr. Stefan Korbach



Sven Lixenfeld



Gerhard Müller



Dr. Michael Völter



Dr. Klaus Zehner

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Unter der Bedingung, dass der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstands zustimmt, vom Gesamtüberschuss 271.218.319,13 Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuweisen, haben wir den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rech-

nungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 13. April 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Oppermann
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft laufend überwacht. In gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstand wurde der Aufsichtsrat über die Geschäftslage informiert. Dabei wurden grundsätzliche Fragen sowie wichtige Geschäftsvorfälle eingehend erörtert. Insbesondere beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit den Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf die Lebensversicherung sowie mit dem hohen Neugeschäft des Geschäftsjahres im Bereich der Einmalbeiträge.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Stuttgart, hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die Berichte der KPMG über die Prüfung des Jahresabschlusses lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor und wurden in der Aufsichtsratssitzung am 8. Juni 2011 in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich erörtert. Der Aufsichtsrat hat die Ausführungen der KPMG und den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen. Feststellungen zu dem Bericht haben sich nicht ergeben.

Weiterhin lag dem Aufsichtsrat der Erläuterungsbericht des verantwortlichen Aktuars vor. Dieser hat in der Aufsichtsratssit-

zung über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 sowie den Lagebericht des Vorstands geprüft und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung keine Einwendungen. Er hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 Aktiengesetz festgestellt ist.

Stuttgart, im Juni 2011

Der Aufsichtsrat

Volker Wirth
Vorsitzender

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
bAV	betriebliche Altersversorgung
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e. V.
e. V.	Eingetragener Verein
ESTG	Einkommensteuergesetz
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung
GaVI mbH	GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH, Mannheim
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft
Gj.	Geschäftsjahr
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW RS HFA	Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPMG	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
LBBW	Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
MindZV	Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung
Mio.	Millionen
Nr.	Nummer
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
SV Informatik	SV Informatik GmbH, Mannheim
SVG	SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
SVH	SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart
SVL	SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
Tsd.	Tausend
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
Vj.	Vorjahr
VöV	Verband öffentlicher Versicherer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag

ÜBERSCHUSSANTEILE FÜR DIE VERSICHERTEN IN 2011

Die nachstehend aufgeführten Überschussanteile werden bei vorschüssiger Zuteilung*) für das im Geschäftsjahr 2011 beginnende, bei nachschüssiger Zuteilung*) für das im Geschäftsjahr 2011 endende Versicherungsjahr vergütet. Die genannten Schlussüberschussanteile werden für alle bis zum 31.12.2011 eintretenden Leistungsfälle gewährt.

Ergänzend zu den genannten Zinsüberschussanteilen ist bei Versicherungen mit Vorauszahlungen auf die Versicherungsleistung der jeweils deklarierte Zinsüberschussanteil zusammen mit den jeweils rechnermäßig garantierten Zinsen auf die Effektivverzinsung des Versicherungsscheindarlehnens begrenzt.

Soweit nichts anderes erwähnt wird, ist unter der Versicherungssumme die Anfangstodesfallsumme der Hauptversicherung zu verstehen, mit folgenden Ausnahmen: Bei den Tarifen 3, 3T und 4LK wird unter der Versicherungssumme die tarifliche Erlebensfallsumme verstanden. Bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf, bei denen sich die Versicherungsdauer aus einer Grundphase und einer flexiblen Ablaufphase zusammensetzt, wird unter der Versicherungssumme die zum Ende der Grundphase gültige Erlebensfallsumme verstanden.

Die Gesamtverzinsung, welche wir unseren Versicherungsnehmern in Anbetracht der Entwicklung an den Finanzmärkten bieten können, beträgt im Jahr 2011 mindestens 3,75 %, für Tarifwerk 1994 mindestens 4,00 %.

Für kapitalbildende Lebensversicherungen und aufgeschobene Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes in den ersten fünf Versicherungsjahren eine reduzierte Gesamtverzinsung gewährt werden.

Seit Beginn des Jahres 2008 beteiligen wir unsere Kunden gemäß §153 VVG an den Bewertungsreserven. Bei Vertragsbeendigung, d.h. bei Ablauf des Vertrages, Tod oder Rückkauf, bei aufgeschobenen Rentenversicherungen spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß §153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Bewertungsreserven schwanken sehr stark; sie können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten unserer Kunden. Grundsätzlich keine Beteiligung an den Bewertungsreserven erhalten gemäß VVG die Fondsgebundenen Versicherungen in der Aufschubzeit. Wir gewähren in 2011 eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven, die 50 % der Schlussüberschussbeteiligung beträgt. Die Sockelbeteiligung ist in der Schlussüberschussbeteiligung bereits enthalten. Der Satz für die Sockelbeteiligung wird jährlich neu festgelegt.

Für Rentenversicherungen mit auf Grund der demographischen Entwicklung nicht mehr ausreichenden Rechnungsgrundlagen (alle Tarifwerke bis einschließlich Tarifwerk 2004) wurde zum Jahresabschluss 2004 eine erhöhte Deckungsrückstellung gebildet. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung unterstellte Lebenserwartung wird während der Aufschubzeit Jahr für Jahr überprüft und gemäß den Empfehlungen der Deutschen Aktuar Vereinigung weiter angepasst. Beim Übergang von der Aufschubzeit (Ansparphase) in die Rentenbezugszeit ergibt sich ein weiterer Anpassungsbedarf, damit die Mittel ausreichen, die garantierten Leistungen für die vereinbarte lebenslängliche Leistungsdauer zu erbringen. Durch die notwendige Stellung einer höheren Deckungsrückstellung (Anpassungsbedarf) entstehen Verluste. Den betroffenen Verträgen werden deshalb keine Überschüsse zugeteilt, bis der Anpassungsbedarf ausgeglichen ist. Dies kann dazu führen, dass eine bisher gewährte nicht garantierte Zusatzrente vorübergehend teilweise oder ganz ausgesetzt wird.

Die deklarierten Sätze bei Rentenversicherungen bis einschließlich Tarifwerk 2004 dienen der Berechnung der Überschüsse für den Fall, dass a) einzelvertraglich kein Anpassungsbedarf mehr besteht bzw. b) der Vertrag nicht in die Rentenzahlung übergeht. Bei Vertragsbeendigung durch Tod oder Rückkauf sowie bei Wahl der Kapitalabfindung wird der Betrag ausgezahlt, der zur Auszahlung gekommen wäre, wenn kein Anpassungsbedarf der Deckungsrückstellung bestanden hätte.

Aufgrund der mit dem Abschluss verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer Jahresüberschussanteil ergeben. Ab TW2000 wird dieser negative Saldo solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Zinssatz von derzeit 3,75 % p.a.) und mit den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch später verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Verbleibt nach der Verrechnung ein positiver Saldo, wird er entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

*) Bei vorschüssiger Zuteilung werden die Überschussanteile zu Beginn, bei nachschüssiger Zuteilung zum Ende des Versicherungsjahres zugeführt.

KAPITALBILDENDE LEBENSVERSICHERUNGEN

Die Überschussbeteiligung setzt sich aus laufenden Überschussanteilen und Schlussüberschussanteilen zusammen.

A. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals, welches auch geleistete Zuzahlungen zur Abkürzung der Versicherungsdauer oder Erhöhung der Leistung berücksichtigt.

Abweichend von den in der unten stehenden Tabelle aufgeführten Zinsüberschussanteilen kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes (Tarife 2, 2v) mit Einmalbeitrag in den ersten fünf Versicherungsjahren eine **reduzierte Gesamtverzinsung ZIR** gewährt werden. Diese bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals und ist für das erste Versicherungsjahr garantiert. Sie kann in den folgenden vier Jahren der Marktentwicklung angepasst werden. Ab dem sechsten Jahr wird sukzessive die Auswirkung der reduzierten Gesamtverzinsung durch erhöhte Schlussüberschussanteile kompensiert. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung haben eine Wartezeit von fünf Jahren bis zur Gewährung von Schlussüberschussanteilen. Für die Ermittlung der Schlussüberschüsse werden zum einen die Wartezeit und zum anderen die niedrigeren Gewinne der reduzierten Gesamtverzinsung ausgeglichen.

Beim Ausgleich der Wartezeit wird der erklärte Schlussüberschussanteilsatz auf die Restlaufzeit, aber mindestens auf sieben Jahre gestreckt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die Wartezeit vollständig kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Beim Ausgleich der reduzierten Gesamtverzinsung wird der verringerte Zinsanteil der laufenden Überschüsse den Schlussüberschüssen hinzugefügt und ebenfalls auf die Restlaufzeit, mindestens jedoch auf sieben Jahre verteilt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die reduzierte Gesamtverzinsung kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Für Neuabschlüsse in 2010 beträgt ZIR im ersten Jahr 3,00 %.
Für Neuabschlüsse in 2011 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,75 %.
Für Versicherungen, die sich nicht im ersten Versicherungsjahr befinden, beträgt ZIR für Jahrestage in 2011 ebenfalls 2,75 %.

Der **Risikoüberschussanteil RI** wird – getrennt für Männer (RIM) und Frauen (RIF) – in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrags angegeben.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben (Tarife 2v und 2vNZ) gilt für zwei versicherte Männer der Satz RIM(M), für zwei versicherte Frauen der Satz RIF(F) und für die Kombination Mann/Frau der Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze (RIMF).

Der **Verwaltungskostenüberschussanteil** wird in Promille der Versicherungssumme (**VKS**) und/oder in Prozent des erreichten Tarifjahresbeitrags (**VKB**) angegeben. Die Versicherungssumme ist dabei das Maximum aus der Versicherungssumme im Todesfall und der Versicherungssumme im Erlebensfall.

Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Verwaltungskostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Bei Rückdeckungsversicherungen von Unterstützungskassen nach den Tarifwerken 2004, 2005, 2007, 2008 und 2009B werden die laufenden Überschussanteile jährlich um Kosten in Höhe von maximal 24 Euro gekürzt.

Für die einzelnen Tarifarten/Tarifwerke gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifart	Tarifwerk	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze					
		RZ, AZ in %	ÜZ, ZI in %	RIM(M) in %	RIF(F) in %	VKB in %	VKS in ‰
Einzel- und Sammeltarife	1924	3,0	0,75	55	65	-	0,3
	1968	3,0	0,75	40	*)	-	0,3
	1987	3,5	0,25	35	35	0,5 **)	0,1 **)
	1994	4,0	-	28 ***)	24 ***)	0,5	-
	2000	3,25	0,50	28	24	0,5	-
	2004, 2005	2,75	1,00	28	24	0,5	-
	2007, 2008, 2009B	2,25	1,50	28	24	0,5	-
Vermögensbildungs- und Sterbegeldtarife	1968	3,0	0,75	-	-	-	-
	1987	3,5	0,25	-	-	-	-
	1994	4,0	-	-	-	-	-
	2000	3,25	0,50	-	-	-	-
	2004, 2005	2,75	1,00	-	-	-	-
	2007, 2008 2009B	2,25	1,50	-	-	-	-
Gruppenrabatttarife	1924	3,0	0,75	55	65	-	0,3
	1968	3,0	0,75	40	*)	-	0,3
	1987	3,5	0,25	35	35	0,5 **)	0,1 **)
	1994	4,0	-	28	24	-	-
	2000	3,25	0,50	28	24	-	-
	2004, 2005	2,75	1,00	28	24	-	-
	2007, 2008, 2009B	2,25	1,50	28	24	-	-
Gruppensondertarife	1924	3,0	0,75	55	65	-	0,2
	1968	3,0	0,75	40	*)	-	0,2
	1987	3,5	0,25	35	35	0,2 **)	0,04 **)
	1994	4,0	-	28	24	-	-
	2000	3,25	0,50	28	24	-	-
	2004, 2005	2,75	1,00	28	24	-	-
	2007, 2008, 2009B	2,25	1,50	28	24	-	-

*) Im Tarifwerk 1968 wird für die Teilbestände aus Mannheim / Stuttgart ein RIF von 55 % gewährt, für den Teilbestand aus Wiesbaden wird ein RIF von 40 % gewährt, wobei unverjüngte Frauen (Tarife vor 09/1977) einen zusätzlichen Todesfallbonus in Höhe von 10 % erhalten.

***) Im Tarifwerk 1987 wird für die Teilbestände aus Mannheim / Stuttgart der VKB, für den Teilbestand aus Wiesbaden der VKS gewährt. Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko wird als Verwaltungskostenüberschussanteil für den BU-Teil generell der VKB gewährt.

**) Im Bestand Wiesbaden wird für den Tarif 2v im Tarifwerk 1994 ein einheitlicher Risikoüberschussanteil RI von 28 % gewährt.

Der Risikoüberschussanteil RI ist begrenzt auf:

- 6 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals bei Tarifwerken bis 1994
- 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals bei Tarifwerken ab 2000.

Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko (Tarifwerke 1968, 1987/1992 und 1994) ist der Risikoüberschussanteil aus dem BU-Risiko vom erreichten Alter zu Beginn des Versicherungsjahres, dem Geschlecht und dem Tarifwerk abhängig und beträgt in Prozent des BU-Risikobeitrags:

	Tarifwerke 1987/1992 und 1968		Tarifwerk 1994	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
im Alter von 15 bis 19 Jahren	67	74	64	48
im Alter von 20 bis 24 Jahren	32	59	29	33
im Alter von 25 bis 29 Jahren	18	53	15	32
im Alter von 30 bis 34 Jahren	13	51	10	35
im Alter von 35 bis 39 Jahren	26	48	17	39
im Alter von 40 bis 43 Jahren	22	37	18	34
im Alter von 44 bis 47 Jahren	19	33	21	36
im Alter von 48 bis 50 Jahren	24	33	32	42
im Alter von 51 bis 53 Jahren	20	28	34	43
im Alter von 54 bis 56 Jahren	21	24	41	46
im Alter von 57 bis 59 Jahren	20	22	46	50
im Alter von 60 bis 65 Jahren	16	20	44	49

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistungen bei Tod und Ablauf (Bonus bzw. Summenzuwachs) verwendet oder verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet oder mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet (Barüberschussanteile) oder in bar ausgezahlt. Je nach vertraglicher Vereinbarung kann zusätzlich zu den aufgeführten Verwendungsarten eine anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) vereinbart werden.

Beim **Bonus** werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Versicherungssumme und nach Abzug des erforderlichen Beitrags für eine evtl. vereinbarte Mehrleistung gewährt. Bei Versicherungen mit integriertem

Berufsunfähigkeitsschutz werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Versicherungssumme mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz gewährt. Der Bonus wird zusammen mit der Versicherungssumme bzw. bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz zusammen mit der Berufsunfähigkeitsrente fällig. Der Bonus ist überschussberechtig und rückkaufsfähig. Sofern der Bonus Verwaltungskosten enthält, wird ein Verwaltungskostenüberschussanteil gewährt. Der Bonus wird im Todes- und Erlebensfall in voller Höhe gezahlt; bei Rückkauf wird der Barwert des Bonus gewährt. Bei den Tarifen 3, 3T, V3 und V3T wird sowohl im Todes- bzw. Heiratsfall als auch bei Rückkauf der Barwert des Bonus gewährt.

Bei **verzinslicher Ansammlung** werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,75 % (TW1994: 4,00 %) verzinst, wobei sich dieser Zins aus dem oben angegebenen **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammensetzt. Das Ansammlungsguthaben ist überschussberechtig.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zum Fälligkeitstermin auf den Beitrag angerechnet oder – falls sie diesen übersteigen – in bar ausgezahlt, verzinslich angesammelt oder als Bonus verwendet.

Anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) für Tarifwerke bis einschließlich 1994

Bei einer anfänglichen Todesfallmehrleistung (aTML) erhöht sich der Versicherungsschutz in % der Versicherungssumme (bei W-Versicherungen der erreichten Versicherungssumme) ab Versicherungsbeginn. Die hierfür benötigten Beiträge werden aus den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen finanziert. Die aTML darf in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en) bestimmte Höchstsätze nicht übersteigen:

TW	Maximale aTML-Sätze in %		
	für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
1994	100	100	100

Der für die aTML benötigte Risikobeitrag ist überschussberechtig.

Für den Risikoüberschussanteil RI auf den TML-Beitrag gelten die abweichenden Werte:

TW	RIM(M) in %	RIF(F) in %	RIMF in %
1968	50	55	52,5
1987	50	50	50
1994	52	42	47

Für den Bestand aus Stuttgart gilt:

Die aTML kann vertragsindividuell innerhalb bestimmter Grenzen gewählt werden.

Für den Bestand aus Mannheim gilt bei entsprechender Vereinbarung:

Für beitragspflichtige Versicherungen des Tarifwerks **1994**, die im Kalenderjahr 2011 durch Tod fällig werden, wird unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der bei Tod fällig werden den Schlussüberschussanteile ein Überschussanteil von bis zu 100 % der vertraglichen Todesfallleistung gezahlt. Wird im Rahmen dieser Versicherung das Berufsunfähigkeitsrisiko mitgetragen, wird unter Einbeziehung des erreichten BU-Rentenzuwachses eine BU-Mehrleistung von bis zu 40 % der vertraglichen BU-Rente gezahlt. Diese Sonderleistung entfällt bei Vereinbarung von Barüberschussanteilen.

Für beitragspflichtige Versicherungen des Tarifwerks **1968**, die im Kalenderjahr 2011 durch Tod fällig werden, wird unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der bei Tod fällig werden den Schlussüberschussanteile ein Überschussanteil von 10 % der vertraglichen Todesfallleistung aus der Hauptversicherung gezahlt. Wird im Rahmen einer solchen Versicherung das Berufsunfähigkeitsrisiko mitgetragen und beginnt im Kalenderjahr 2011 die Zahlung einer BU-Rente, wird eine BU-Mehrleistung von der vertraglichen BU-Rente unter Einbeziehung des BU-Rentenzuwachses in Höhe von 10 % gewährt.

Diese Sonderleistung entfällt bei Vereinbarung von Barüberschussanteilen.

Bei einer Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML) erhöht sich die Leistung bei Eintritt der Berufsunfähigkeit ab Versicherungsbeginn. Die hierfür benötigten Beiträge werden aus den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen finanziert.

**Anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML)
ab Tarifwerk 2000**

Bei beitragspflichtigen Versicherungen nach den Tarifen 2, 2V, 2NZ, 2VNZ und 4LK kann bei Abschluss vereinbart werden, dass im Todesfall unter Einbeziehung der Leistungen aus den laufenden Überschussanteilen und aus Schlussüberschussanteilen eine anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) in % der Versicherungssumme (bei W-Versicherungen der erreichten Versicherungssumme) gewährt wird. Die aTML darf in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en) bestimmte Höchstsätze nicht übersteigen:

Maximale aTML-Sätze in %		
für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
60	50	40

Der für die aTML benötigte Risikobeitrag ist überschussberechtigt. Für den Risikoüberschussanteil RI auf den aTML-Beitrag gelten die abweichenden Werte:

TW	RIM(M) in %	RIF(F) in %	RIMF in %
ab 2000	52	42	47

B. Schlussüberschussanteile (SÜA)

I. Tarifwerke bis 1994

Beitragspflichtige Versicherungen erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2011 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden, nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Tarifart	Tarifwerk	Tarife	Schlussüberschussanteile in % der Versicherungssumme bei Überschussbeteiligungsplan		Bezug *)
			Bonus / Verzinsl. Ansammlung	Barüberschussanteile	
Einzel-, Sammel-, Sammelsonder- und Gruppenrabatt-Tarife	1924	1, 1A, 1Z	4,3	3,4	T
		2, 2V, 3F	4,3	3,4	E
		2TG, 2TF	3,4	2,7	T
	1968	1A, 1D, 1DE, 1Z, 1ZE	4,3	3,4	T
		2, 2V, 2E, 2W, 2KT, 3, 3T, 3F	4,3	3,4	E
		2 T/12, 2TG, 2TF	3,4	2,7	T
		2NZ, 2NZB, 2VNZ, BANZ	2,6	1,6	E
		2TNZ, 2TNZB	2,1	1,3	T
	1987	1, 1Z, 1ZBU	3,3	2,6	T
		2, 2V, 2A, 2KT, 2BU, 3, 3BU, 3T, 4LK	3,3	2,6	E
		2T, 2TG, 2TF, 2TGBU, 2TFBU	2,6	2,1	T
		2NZ, 2VNZ, 2NZBU	2,0	1,2	E
		2TGNZ, 2TGNZBU, 2TFNZ, 2TFNZBU	1,6	1,0	T
	1994	2, 2V, 2BU, 3, 3T, 3BU, 4LK	1,7	1,4	E
		2T, 2TG, 2TGBU, 2TF, 2TFBU	1,4	1,1	T
		2NZ, 2VNZ, 2NZBU	1,0	0,6	E
2TGNZ, 2TGNZBU, 2TFNZ, 2TFNZBU		0,8	0,5	T	
Vermögensbildungstarife	1968	V2, V2V, V3, V3T	0,8	0,6	E
		V2T, V2T/12	0,6	0,5	E
	1987	V2, V2V, V3, V3T	0,4	0,3	E
		V2T	0,3	0,2	E
1994	alle	--	--	--	
Gruppen-sondertarife	1924	FG1	4,3	3,4	T
		FG2	4,3	3,4	E
	1968	FG1, FG1A	4,3	3,4	T
		FG2	4,3	3,4	E
	1987	FG1, FG1Z	3,3	2,6	T
		FG2, FG2A	3,3	2,6	E
	1994	FG2, FG2BU	1,7	1,4	E

*) T = (Anfangs) Todesfallsumme, E = Erlebensfallsumme

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig.

Im Todesfall – bei Versicherungen auf den Heiratsfall bei Heirat – gelten abhängig vom Teilbestand folgende Regelungen:

- Im Teilbestand Mannheim/Stuttgart wird der ungekürzte Barwert der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt. Lediglich bei lebenslänglichen Versicherungen im Teilbestand Mannheim wird abhängig von der abgelaufenen Dauer entweder der volle Betrag oder der mit einem Kürzungsfaktor versehene Betrag der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt.
- Im Teilbestand Wiesbaden wird der volle Betrag der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt.

Stirbt beim Tarif 3T bzw. V3T das mitversicherte Kind, so werden SÜA in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

In den Fällen der vorzeitigen Auflösung, des vorgezogenen Ablaufs (aufgrund einer Abbruchklausel) oder der Beitragsfreistellung wird der Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn

- der Versicherte (bei Tarifen auf verbundene Leben die ältere der beiden versicherten Personen) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Auflösungsstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf, bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase, liegt.
oder – für Tarifwerke vor 1994 –
- der Versicherte (bei Tarifen auf verbundene Leben die ältere der beiden versicherten Personen) das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Bonus und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Versicherungssumme erreichen.

Dabei ist unter der Versicherungssumme die Erlebensfallsumme zu verstehen, mit folgenden Ausnahmen: Bei Teilauszahlungstarifen ist unter der Versicherungssumme die Erlebensfallsumme einschließlich noch ausstehender Teilauszahlungen, bei lebenslänglichen Todesfallversicherungen die Todesfallsumme zu verstehen.

Bei Rückkauf und bei Beitragsfreistellung wird – falls obige Bedingungen nicht erfüllt sind – nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren der mit einem Kürzungsfaktor versehene Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Versicherungsformen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer (außer bei den Tarifen 1Z und 1ZBU) erhöhen sich die in den Tabellen angegebenen Schlussüberschussanteile wie folgt, wobei n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer:

- Streckungsfaktor TW vor 1994: n/t
- Streckungsfaktor TW 1994: $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten einen Schlussüberschussanteil in Abhängigkeit vom überschussberechtigten Deckungskapital in Höhe von 0,3 % (TW1994: 0,05 %). Dieser wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor von 1,0505 hochgerechnet.

50 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

II. Tarifwerke ab 2000

Beitragspflichtige Versicherungen und Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2011 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile. Ab Tarifwerk 2004 gilt dies auch für planmäßig beitragsfrei gestellte Versicherungen.

Schlussüberschussanteile setzen sich aus einem Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜARIM(M), SÜARIMF, SÜARIF(F), SÜAVKB) zusammen. Dabei gelten die gleichen Bemessungsgrundlagen wie bei laufender Überschussbeteiligung.

Die Summe der Schlussüberschussanteile wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor SAF hochgerechnet, negative Summen bleiben unberücksichtigt. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung erhalten in den ersten fünf Jahren keine Schlussüberschussanteile.

Im Tarifwerk 2000 wird bei Tarifen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer (außer bei Tarif 1z) die oben beschriebene hochgerechnete Summe mit dem Faktor $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$ (n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer) gestreckt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze für das in 2011 endende Versicherungsjahr deklariert, wobei für Versicherungen gegen Einmalbeitrag ausschließlich Schlussüberschusszinsanteile (SÜAZI) gewährt werden:

Tarifart	SÜAZI in %	SÜARIM(M) in %	SÜARIMF in %	SÜARIF(F) in %	SÜAVKB in %	SAF	SAF (flex. Phase)
Einzel- und Sammeltarife	0,3	24	21	18	1,0	1,0505	1,0405
Vermögensbildungs- und Sterbegeldtarife	0,3	-	-	-	-	1,0505	1,0405
Gruppenrabatt- und Gruppen-sondertarife	0,3	24	21	18	-	1,0505	1,0405

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung in voller Höhe fällig.

Bei Tod (außer Tarif 3 und 3T), Heirat (nur bei Tarif 3T) und vorgezogenem Ablauf wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gezahlt. Stirbt bei Tarif 3T das mitversicherte Kind, so werden Schlussüberschussanteile in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

Bei Rückkauf des Vertrages wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt der Versicherte (bei den Tarifen 2V und 2VNZ die ältere der beiden versicherten Personen) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für Verträge mit reduzierter Gesamtverzinsung gilt abweichend: Unabhängig vom Alter der versicherten Person wird nach der (auf volle Jahre abgerundeten) Hälfte der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf der Hälfte der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren, bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

50 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

RISIKOVERSICHERUNGEN

A. Tarifwerk 1968

I. Für die Teilbestände Mannheim und Wiesbaden gilt:

Bei beitragspflichtigen Versicherungen besteht die Überschussbeteiligung aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent des Beitrags bemessen werden und als Barüberschussanteile oder als verzinsliche Ansammlung verwendet werden oder die in Prozent der Versicherungssumme bemessen und beim Tod der versicherten Person während der Versicherungsdauer fällig werden (Todesfallmehrleistung TML).

Bei verzinslicher Ansammlung werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,75 % verzinst.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme.

Laufende Überschussanteile in %		TML in %	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
35	49	115	150

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

II. Für den Teilbestand Stuttgart gilt:

Bei beitragspflichtigen und durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer beitragsfrei gewordenen Versicherungen besteht die Überschussbeteiligung aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent des Beitrags bemessen werden und als Barüberschussanteile verwendet werden. Bei Tod der versicherten Person wird darüber hinaus eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme fällig.

Laufende Überschussanteile in %		TML in %	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
35	35	35	55

Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen (ohne die durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer

beitragsfrei gewordenen Versicherungen) erhalten eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme.

TML in %	
Männer	Frauen
115	150

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergeben sich die Prozentsätze als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

B. Tarifwerk 1987/1994 (einschließlich fakultative Hypothekenrisikoversicherungen TW1994)

Die Überschussbeteiligung besteht aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme bemessen und beim Tod der versicherten Person während der Versicherungsdauer fällig werden.

Die Todesfallmehrleistung (TML) beträgt in Abhängigkeit vom Tarifwerk und vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Tarifwerk	TML in %	
	Männer	Frauen
1987	110	110
1994	100	70

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich für den Bestand Mannheim/Stuttgart der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Für den Bestand Wiesbaden TW 1994 werden für verbundene Leben generell 100 % gewährt.

RLBU (TW1994)

In 2011 wird eine zusätzliche Leistung im Todesfall (Todesfallmehrleistung) in Höhe von 89 % der jeweiligen Versicherungssumme gewährt. Darüber hinaus wird eine zusätzliche Leistung im Berufsunfähigkeitsfall (BU-Mehrleistung) in Höhe von 42 % der zu zahlenden Rente gewährt.

Im Leistungsfall erhöht sich die Rente nach mindestens einjährigem Rentenbezug ab dem Jahrestag in 2011 um 0,2 % der bis dahin erreichten Rente.

Saldenversicherungen (TW1994)

Saldenversicherungen mit Herkunft Mannheim/Stuttgart erhalten im Versicherungsfall eine Todesfallmehrleistung in % der Versicherungssumme, abhängig von Geschlecht:

TML in %	
Männer	Frauen
60	40

Bausparversicherungen

Die in 2011 zu zahlenden Beiträge werden durch die Überschussbeteiligung vermindert (Beitragsverrechnung).

C. Tarifwerke 2000 bis 2008

Die Überschussanteile bei Risikoversicherungen werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet, verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet.

Bei **verzinslicher Ansammlung** gelten für den **Ansammlungs-zins AZ**, den **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** und den **Zinsüberschussanteil ZI** die gleichen Werte wie bei kapitalbildenden Lebensversicherungen. Für den **Risikoüberschussanteil RI** gelten die abweichenden Werte RIM(M) = 52 %, RIMF = 47 % und RIF(F) = 42 % des Beitrags für das Todesfallrisiko. Der Todesfallbonus beträgt in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Todesfallbonus in %		
für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
100	85	70

Für die nachstehend aufgeführten Versicherungen gelten abweichende Überschussanteilsätze:

Saldenlebensversicherungen im Tarifwerk 2005 erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 50 %.

Bei **Saldenlebensversicherungen im Tarifwerk 2008** werden die in 2011 zu zahlenden Beiträge durch die Überschussbeteiligung um 30 % vermindert.

Restkreditversicherungen im Bestand Baden-Württemberg erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 60 % der jeweiligen Versicherungssumme für versicherte Männer bzw. 40 % der jeweiligen Versicherungssumme für versicherte Frauen.

Restkreditversicherungen ab Tarifwerk 2000 im Bestand Hessen-Nassau-Thüringen erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 30 % der jeweiligen Versicherungssumme.

D. Tarifwerke 2009/2009B

Die Überschussanteile werden entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet, verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Bei Versicherungen mit nicht abgekürzter Beitragszahlungsdauer können die Überschussanteile auch zur Sofortbeitragsverrechnung (SBR) verwendet werden. Bei verzinslicher Ansammlung gelten für den Ansammlungszins AZ, den Ansammlungsüberschusszins ÜZ und den Zinsüberschussanteil ZI die gleichen Werte wie bei kapitalbildenden Lebensversicherungen.

Es gelten abhängig davon, ob es sich um einen Raucher- oder Nichtraucher tarif handelt, geschlechts- und berufsgruppenabhängige Sätze für den **Todesfallbonus** (in Prozent der Versicherungssumme), die **Sofortbeitragsverrechnung SBR** (in Prozent des Beitrags) und den **Risikoüberschussanteil RI** (in Prozent des Beitrags für das Todesfallrisiko):

Berufsgruppe	Männer					
	Nichtraucher			Raucher		
	A	B	C	A/B	C TW2009	C TW2009B
Todesfallbonus	110	57	6	54	54	6
SBR	45	31	5	30	30	5
RI	52	36	6	35	35	6

Berufsgruppe	Frauen					
	Nichtraucher			Raucher		
	A	B	C	A/B	C TW2009	C TW2009B
Todesfallbonus	88	46	6	54	54	6
SBR	40	27	5	30	30	5
RI	46	31	6	35	35	6

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergeben sich die Prozentsätze als der jeweils niedrigere der für jede einzelne der versicherten Personen geltenden Sätze, wobei ein Nichtraucher tarif nur dann zugrunde gelegt wird, wenn beide versicherte Personen Nichtraucher sind.

Restkreditversicherungen im Tarifwerk 2009 erhalten keine Überschussanteile.

RENTENVERSICHERUNGEN (ohne Hinterbliebenenversorgung und ohne Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz)

A. Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

Die Überschussbeteiligung setzt sich aus laufenden Überschussanteilen und Schlussüberschussanteilen zusammen.

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Abweichend von den in der unten stehenden Tabelle aufgeführten Zinsüberschussanteilen kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes (Tarife AR, ART, ARG) mit Einmalbeitrag in den ersten fünf Versicherungsjahren eine reduzierte **Gesamtverzinsung ZIR** gewährt werden. Diese bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals und ist für das erste Versicherungsjahr garantiert. Sie kann in den folgenden vier Jahren der Marktentwicklung angepasst werden. Ab dem sechsten Jahr wird sukzessive die Auswirkung der reduzierten Gesamtverzinsung durch erhöhte Schlussüberschussanteile kompensiert. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung haben eine Wartezeit von fünf Jahren bis zur Gewährung von Schlussüberschussanteilen.

Für die Ermittlung der Schlussüberschüsse werden zum einen die Wartezeit und zum anderen die niedrigeren Gewinne der reduzierten Gesamtverzinsung ausgeglichen.

Beim Ausgleich der Wartezeit wird der erklärte Schlussüberschussanteilsatz auf die Restlaufzeit, aber mindestens auf sieben Jahre gestreckt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die Wartezeit vollständig kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Beim Ausgleich der reduzierten Gesamtverzinsung wird der verringerte Zinsanteil der laufenden Überschüsse den Schlussüberschüssen hinzugefügt und ebenfalls auf die Restlaufzeit, mindestens jedoch auf sieben Jahre verteilt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die reduzierte Gesamtverzinsung kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Für Neuabschlüsse in 2010 beträgt ZIR im ersten Jahr 3,00 %. Für Neuabschlüsse in 2011 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,75 %. Für Versicherungen, die sich nicht im ersten Versicherungsjahr befinden, beträgt ZIR für Jahrestage in 2011 ebenfalls 2,75 %.

Der **Verwaltungskosten- und Risikoüberschussanteil VKB** wird in Prozent des Tarifjahresbeitrags angegeben.

Dabei wird ab dem Tarifwerk 1994 der Verwaltungskosten- und Risikoüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Bei Rückdeckungsversicherungen ab Tarifwerk 2004 werden die laufenden Überschussanteile jährlich um Kosten in Höhe von maximal 24 Euro gekürzt.

Für die einzelnen Tarifarten gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifart	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze				
	Tarifwerk	RZ in %	AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %	VKB in %
Einzel- und Sammeltarife	1949	3,00	3,00	0,75	0,03
	1987/1992	3,50	3,50	0,25	0,30
	1994	4,00	4,00	-	0,30
	2000	3,25	3,25	0,50	0,33
	2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	1,00	0,40
	2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,50	0,40
Gruppen- rabatt- und Gruppen- sondertarife	1949	3,00	3,00	0,75	0,03
	1987/1992	3,50	3,50	0,25	0,30
	1994	4,00	4,00	-	-
	2000	3,25	3,25	0,50	-
	2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	1,00	-
	2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,50	-

Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko nach Tarifwerk 1994 ist der Risikoüberschussanteil aus dem BU-Risiko vom erreichten Alter zu Beginn des Versicherungsjahres und dem Geschlecht abhängig und beträgt in Prozent des BU-Risikobeitrags:

Erreichtes Alter	Männer	Frauen
im Alter von 15 bis 19 Jahren	64	48
im Alter von 20 bis 24 Jahren	29	33
im Alter von 25 bis 29 Jahren	15	32
im Alter von 30 bis 34 Jahren	10	35
im Alter von 35 bis 39 Jahren	17	39
im Alter von 40 bis 43 Jahren	18	34
im Alter von 44 bis 47 Jahren	21	36
im Alter von 48 bis 50 Jahren	32	42
im Alter von 51 bis 53 Jahren	34	43
im Alter von 54 bis 56 Jahren	41	46
im Alter von 57 bis 59 Jahren	46	50
im Alter von 60 bis 65 Jahren	44	49

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt, in Anteile von Investmentfonds umgerechnet, mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet (Barüberschussanteile) oder in bar ausgezahlt.

Bei der **Bonusrente** werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeitrag für eine beitragsfreie Leistung verwendet.

Bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Bonusrente mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz gewährt.

Der Bonus wird zusammen mit der Rente bzw. bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz zusammen mit der Berufsunfähigkeitsrente fällig und ist überschussberechtig. Sofern der Bonus Verwaltungskosten enthält, wird ein Verwaltungskostenüberschussanteil gewährt.

Bei **verzinslicher Ansammlung** werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,75 % (TW1994: 4,00 %) verzinst, wobei sich dieser Zins aus dem oben angegebenen **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammensetzt. Das Ansammlungsguthaben ist überschussberechtig.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zum Fälligkeitstermin auf den Beitrag angerechnet oder – falls sie diesen übersteigen – in bar ausgezahlt, verzinslich angesammelt oder als Bonus verwendet.

II. Schlussüberschussanteile (SÜA)

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Bei beitragspflichtigen Versicherungen wird am Ende des Versicherungsjahres in 2011 eine bereits bestehende, nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile um die in der nachstehenden Tabelle angegebenen Sätze erhöht.

Tarifwerk	Schlussüberschussanteile in ‰ der Kapitalabfindung bei Verwendung der Überschussanteile als	
	Bonusrente bzw. Verzinsliche Ansammlung	Barüberschussanteile
1949	2,5	2,0
1987/92	2,1	1,7
1994	0,7	0,6

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten einen Schlussüberschussanteil in Abhängigkeit vom überschussberechtigten Deckungskapital in Höhe von 0,3 % (TW1994: 0,05 %). Dieser wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor von 1,0505 hochgerechnet.

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig.

Im Todesfall wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

In den Fällen der vorzeitigen Auflösung, des vorgezogenen Ablaufs (aufgrund einer Abbruchklausel) oder der Beitragsfreistellung wird der Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungsstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf liegt. oder – für Tarifwerke vor 1994 –
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für die Bonusrente und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Kapitalabfindung erreichen.

Bei Rückkauf und bei Beitragsfreistellung wird – falls obige Bedingungen nicht erfüllt sind – nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren der mit einem Kürzungsfaktor versehene Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen mit gegenüber der Aufschubzeit abgekürzter Beitragszahlungsdauer erhöhen sich die in den Tabellen angegebenen Schlussüberschussanteile wie folgt, wobei n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer:

- Streckungsfaktor TW vor 1994: n/t
- Streckungsfaktor TW 1994: $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$

Tarifwerke ab 2000

Beitragspflichtige Versicherungen und Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2011 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile. In den Tarifwerken ab 2004 gilt dies auch für planmäßig beitragsfrei gestellte Versicherungen.

Der Schlussüberschussanteil setzt sich aus einem Zins- und Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜAVK) zusammen. Dabei gelten die gleichen Bemessungsgrundlagen wie bei laufender Überschussbeteiligung.

Der Schlussüberschussanteil wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor SAF hochgerechnet, negative Summen bleiben unberücksichtigt.

Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung erhalten in den ersten fünf Jahren keine Schlussüberschussanteile.

Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag entfällt der Verwaltungskostenschlussüberschussanteil SÜAVK.

Im Tarifwerk 2000 wird bei beitragspflichtigen Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer die oben beschriebene

hochgerechnete Summe mit dem Faktor $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n)/t$ (n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer) gestreckt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze für das in 2011 endende Versicherungsjahr deklariert:

	SÜAZI in %	SÜAVK in %	SAF	SAF (flex. Phase)
Einzel- und Sammeltarife	0,3	0,8	1,0505	1,0405
Gruppenrabatt- und Gruppensondertarife	0,3	-	1,0505	1,0405

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Aufschubzeit, bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase, in voller Höhe fällig.

Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungsstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für Verträge mit reduzierter Gesamtverzinsung gilt abweichend: Unabhängig vom Alter der versicherten Person wird nach der (auf volle Jahre abgerundeten) Hälfte der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf der Hälfte der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren, bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für alle Tarifwerke gilt:

50 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung oder beim Rentenübergang als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

B. Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Überschussanteil ZR** in % des überschussberechtigten Deckungskapitals (abzüglich jährlicher Kosten in Höhe von maxi-

mal 24 Euro bei Rückdeckungsversicherungen von Unterstützungskassen ab dem Tarifwerk 2004) ausgeschüttet.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen.

ZR enthält außerdem eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,2 % des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Für das Jahr 2011 werden die folgenden Überschussanteilsätze ZR deklariert:

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und laufendem Überschussanteilsatz (RZ + ZR) beträgt 4,05 % (auch für TW94).

Tarifwerke ab 2000

Tarifwerk	Geschlecht	ZR in %
2000	M	0,80
	F	0,80
2004	M	1,30
	F	1,30
2004R, 2005	M	1,55
	F	1,50
2007, 2008,	M	2,05
2009B	F	2,00

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Bei **Bonusrente** werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeitrag für eine beitragsfreie Leistung verwendet, die zusammen mit der Rente fällig wird. Die Bonusrente ist überschussberechtigigt.

Es kann ein individueller **aRML-Prozentsatz (anfängliche Rentenmehrleistung)** vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf. Die Mehrleistung ist nicht garantiert und richtet sich nach den aktuellen Gewinnsätzen.

Der erforderliche Beitrag für eine evtl. vereinbarte aRML wird von den Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen abgezogen. Die danach verbleibenden Überschussanteile werden dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten aufzubessern. Auf die aRML-Renten werden die erreichten Bonusrenten solange angerechnet, bis sich daraus noch höhere Rentenleistungen ergeben.

Wird bei Tod der hauptversicherten Person eine Hinterbliebenenrente fällig, so wird für die mitversicherte Person ein neuer aRML-Prozentsatz ermittelt, der höher oder niedriger sein kann, als der für die hauptversicherte Person zuletzt gültige aRML-Prozentsatz.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zusammen mit der Rente des Folgejahres ausgezahlt.

RENTENVERSICHERUNGEN NACH DEM ALTERSVERMÖGENSGESETZ der Tarifwerke 2000, 2004, 2004R, 2005, 2006, 2007 und 2008 (SV-PrämienRente, SV-ZusatzRente, S-ZusatzRente, 1822-ZusatzRente, PrämienRente, RiesterRente)

A. Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Kalenderjahres sowie zum unterjährigen Rentenbeginn wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Verwaltungskostenüberschussanteilen ergibt. Davon werden bei der PrämienRente, der SV-PrämienRente und der RiesterRente jährliche Kosten in Höhe von zwölf Euro, höchstens aber die Hälfte der ermittelten Zins- und Verwaltungskostenüberschussanteile, abgezogen.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Der **Verwaltungskostenüberschussanteil VK** wird bis einschließlich Tarifwerk 2006 in Prozent der bis zum jeweiligen Überschusszuteilungstermin insgesamt gezahlten Beiträge und eingegangenen Zulagen und ab Tarifwerk 2007 in Prozent des Tarifjahresbeitrags angegeben. Für die erstmalige Zuteilung des Verwaltungskostenüberschussanteils VK beträgt die Wartezeit zehn Jahre.

Es gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifwerke	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze				
	RZ in %	AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %	VK bei SV-Prämien Rente in % der gezahlten Beiträge und Zulagen	VK bei PrämienRente/ RiesterRente in % des Tarifjahres- beitrags
2000	3,25	3,25	0,50	0,017	-
2004, 2004R, 2005, 2006	2,75	2,75	1,00	0,017	-
2007, 2008	2,25	2,25	1,50	-	0,4

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt oder in An-

teile von Investmentfonds umgerechnet. Die Bonusrente und das verzinsliche Ansammlungsguthaben sind überschussberechtigigt. Bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile werden diese mit insgesamt 3,75 % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich aus dem Ansammlungszins AZ und dem Ansammlungsüberschusszins ÜZ zusammen.

II. Schlussüberschussanteile (SÜA)

Zusätzlich zu den laufenden Überschussanteilen werden Schlussüberschussanteile gewährt.

Für die SV-Zusatzrente, die S-Zusatzrente und die 1822-Zusatzrente in den Tarifwerken 2000 und 2004 sowie für die SV-Prämienrente des Tarifwerks 2000 gilt:

Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist das Deckungskapital der erreichten Bonusrenten bzw. das Ansammlungsguthaben (bei Umrechnung der laufenden Überschüsse in Anteile von Investmentfonds das Deckungskapital der Bonusrenten bzw. das Ansammlungsguthaben, das sich jeweils ergeben hätte, wenn Bonusrente bzw. verzinsliche Ansammlung vereinbart worden wäre).

Der Schlussüberschussanteilsatz beträgt 76 %.

SV-Prämienrente ab Tarifwerk 2004 und die Prämienrente/Riesterrente in den Tarifwerken 2007 und 2008 erhalten am Ende des Kalenderjahres in 2011 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus einem Zins- und einem Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜAVK) zusammen, deren Summe auf das Ende der Aufschubzeit mit einem Schlussüberschussanteilsfaktor SAF hochgerechnet wird. Negative Summen bleiben unberücksichtigt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze am Ende des Kalenderjahrs 2011 deklariert:

Tarifwerke	M/F	SÜAZI in % des überschussber. Deckungs- kapitals	SÜAVK in % der gezahlten Beiträge und Zulagen	SÜAVK in % des Tarifjahres- beitrags	SAF
2004, 2004R, 2005, 2006	M/F	0,3	0,033	-	1,0505
2007, 2008	M/F	0,3	-	0,80	1,0505

Für die erstmalige Gewährung von SÜAVK beträgt die Wartezeit zehn Jahre.

Für alle Tarifwerke gilt:

Die Schlussüberschussanteile werden in voller Höhe zu Beginn des Monats fällig, der auf die Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. auf das Ende der vereinbarten Aufschubzeit folgt. Bei Tod der versicherten Person vor Ablauf der vereinbarten Aufschubzeit, unter bestimmten Voraussetzungen auch bei Rückkauf und vorzeitigem Rentenbeginn werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierte Schlussüberschussanteile gewährt.

50 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung oder beim Rentenübergang als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

B. Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils zum Jahrestag des Rentenbeginns wird nachschüssig ein **laufender Überschussanteil ZR** in Prozent des überschussberechtigigten Deckungskapitals ausgeschüttet.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten – die ebenfalls überschussberechtigigt sind – aufzubessern.

Hierbei ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven bereits enthalten. Diese beträgt 0,2 % des überschussberechtigigten Deckungskapitals.

Für das Jahr 2011 werden folgende aufgeführten laufenden Überschussanteile ZR deklariert:

Tarifwerk	Geschlecht	Überschussanteil ZR in %
2000	M/F	0,800
2004	M/F	1,300
2004R, 2005	M	1,550
	F	1,500
2006	M/F	1,525
2007, 2008	M/F	2,025

FONDSGEBUNDENE KAPITAL- UND RENTENVERSICHERUNGEN

A. Vor Rentenbeginn

I. Tarifwerke 2000 bis 2005

SV FondsRente, LBBW FondsRente und LBBW BalancePolice
Diese Versicherungen nehmen an der Wertentwicklung der ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds teil. Darüber hinaus erhalten sie keine Überschussbeteiligung.

multistar classic, multistar select, forenta, Naspa-Fonds-Police mit Abrufphase und Top-B und Naspa-Fonds-Police mit Ablaufmanagement und Top-B

Neben der Wertentwicklung an den ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds erhalten diese Versicherungen einen Kostenüberschussanteil in Höhe von 0,50 % des Tarifjahresbeitrags sowie – mit Ausnahme von »forenta« – einen Risikoüberschussanteil in Höhe von 28 % für Männer bzw. 24 % für Frauen. Bezugsgröße für den Risikoüberschussanteil ist der jeweilige Beitrag für das Todesfallrisiko.

Ist eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung eingeschlossen, wird auch für diese ein Überschuss gewährt. Es gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse die gleichen Sätze wie die im Abschnitt Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen genannten Sätze RB.

Die Überschüsse werden thesauriert.

II. Tarifwerke 2007 und 2008

SV FondsRente Garant, SV FondsRente Invest, LBBW FondsRente, SV BasisRente Garant, SV BasisRente Invest

Neben der Wertentwicklung an den ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds erhalten diese Versicherungen einen Zinsüberschussanteil in Höhe von 1,50 % auf das überschussberechtigte Deckungskapital (nur bei »Garant«), einen Kostenüberschussanteil in Höhe von 1,50 % des Tarifjahresbeitrags sowie einen Risikoüberschussanteil in Höhe von 28 % für Männer bzw. 24 % für Frauen. Bezugsgröße für den Risikoüberschussanteil ist der jeweilige Beitrag für das Todesfallrisiko.

Die Überschüsse werden thesauriert.

B. Nach Rentenbeginn

Bei Rentenbeginn werden diese Versicherungen in eine konventionelle Rentenversicherung nach den dann gültigen Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung – unter Beachtung der Mindestgarantie bzw. der im Versicherungsschein genannten Rentenfaktoren – umgewandelt, für welche ein laufender Überschussanteil ZR gemäß dem für konventionelle Rentenversicherungen maßgeblichen Abschnitt »Rentenversicherungen nach Rentenbeginn« gewährt wird.

BERUFSUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNGEN (SBV) DER TARIFWERKE 1968 UND 1994

A. Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

I. Tarifwerk 1968

Versicherungen in der Aktivenzeit erhalten am Ende des Versicherungsjahres eine Erhöhung der Anwartschaft auf Schlusszahlung um einen Überschussanteil in % des Beitrags. Die Schlusszahlung wird bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung und Ablauf der Versicherung ausbezahlt.

Der Überschussanteil in % des Beitrags beträgt:

Eintrittsalter	Überschussanteil in %	
	Männer	Frauen
bis 32 Jahre	59	75
von 33 bis 40 Jahren	34	39
von 41 bis 46 Jahren	0	39
von 47 bis 60 Jahren	0	2
ab 61 Jahre	0	0

II. Tarifwerk 1994

In dem in 2011 beginnenden Versicherungsjahr wird eine zusätzliche Leistung im Berufsunfähigkeitsfall (BU-Mehrleistung) in Höhe von 30 % der zu zahlenden Rente gewährt.

B. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Im Leistungsbezug erhöht sich die Rente für TW68 ab dem Jahrestag in 2011 um 0,95 % der bis dahin erreichten Rente. Hierin ist eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,2 % des überschussberechtigten Deckungskapitals bereits enthalten.

**BERUFSUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNGEN (SBV)
DER TARIFWERKE AB 2000 UND BERUFSUNFÄHIGKEITS-
ZUSATZVERSICHERUNGEN (BUZ)**

A. Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Der **Risikoüberschussanteil RI** wird

- bei Tarifwerken bis einschließlich 1994 in Abhängigkeit vom erreichten Alter und vom Geschlecht,
- bei Tarifwerken ab 2000 in Abhängigkeit vom Geschlecht bzw. von der Berufsklasse angegeben. Bezugsgröße ist jeweils der überschussberechtigte Risikobeitrag.

Falls bei Tarifwerken ab 2000 die Überschüsse zur Reduzierung des Beitrags verwendet werden, wird ein nur von der Berufsklasse abhängiger Satz RB in % des Beitrags für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung angegeben.

Die verzinslich angesammelten Überschussanteile werden mit insgesamt 3,75 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich aus einem Ansammlungszins AZ und einem Ansammlungsüberschusszins ÜZ zusammen.

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Für die einzelnen Tarifwerke gelten in Abhängigkeit vom Geschlecht und vom erreichten Alter folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Geschlecht	Tarifwerk	RZ bzw. AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze in %											
				RI in % bei erreichten Altern von											
				15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 43	44 bis 47	48 bis 50	51 bis 53	54 bis 56	57 bis 59	60 bis 65
Männer	1924	3,0	0,75	69	34	20	15	28	24	21	26	22	23	22	18
	1965	3,0	0,75	69	34	20	15	28	24	21	26	22	23	22	18
	1977	3,0	0,75	67	32	18	13	26	22	19	24	20	21	20	16
	1992	3,5	0,25	64	29	15	10	17	18	21	32	34	41	46	44
	1994	4,0	-	64	29	15	10	17	18	21	32	34	41	46	44
Frauen	1924	3,0	0,75	83	68	62	60	57	46	42	42	37	33	31	29
	1965	3,0	0,75	83	68	62	60	57	46	42	42	37	33	31	29
	1977	3,0	0,75	81	66	60	58	55	44	40	40	35	31	29	27
	1992	3,5	0,25	48	33	32	35	39	34	36	42	43	46	50	49
	1994	4,0	-	48	33	32	35	39	34	36	42	43	46	50	49

Tarifwerke ab 2000

Es gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse (BK) und der Tarifart folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

BK	Tarifwerk	RZ	AZ	ZI bzw. ÜZ	RI für BUZ bzw. TOP-BUZ (bis TW2004 bzw. ab TW2005 in Schicht 3 *)	RI für Top-BUZ (ab TW2005 in Schicht 1 u. 2 *)	RI für SBV	RB
		in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
I	2000	3,25	3,25	0,50	64	-	54	60
I	2004	2,75	2,75	1,00	64	-	54	60
I	2005	2,75	2,75	1,00	64	66	54	-
I	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,50	64	66	54	48
II	2000	3,25	3,25	0,50	50	-	40	50
II	2004	2,75	2,75	1,00	50	-	40	50
II	2005	2,75	2,75	1,00	50	54	40	-
II	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,50	50	54	40	37
III	2000	3,25	3,25	0,50	20	-	10	25
III	2004	2,75	2,75	1,00	20	-	10	25
III	2005	2,75	2,75	1,00	20	30	10	-
III	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,50	20	30	10	9
IV	2000	3,25	3,25	0,50	28	-	18	10
IV	2004	2,75	2,75	1,00	28	-	18	10
IV	2005	2,75	2,75	1,00	28	40	18	-
IV	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,50	28	40	18	13
S	2000	3,25	3,25	0,50	35	-	25	-
S	2004	2,75	2,75	1,00	35	-	25	-
S	2005	2,75	2,75	1,00	35	42	25	-
S	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,50	35	42	25	19

*) Bis einschließlich 2004 gelten die angegebenen Sätze für alle BUZ- und Top-BUZ-Verträge der angegebenen Tarifwerke. Ab 2005 wird auf Basis der drei Schichten, die im Alterseinkünftegesetz (AltEinkG) definiert werden, unterschieden, d.h. die Risikoüberschussanteilsätze der Top-BUZ in den Tarifwerken ab 2005 beziehen sich auf Versicherungen der 1. und 2. Schicht im Sinne des AltEinkG, wenn keine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML) gemäß Ziffer II vereinbart ist.

Bei Abschluss einer BUZ in Verbindung mit Risikotarifen des Tarifwerks 2009 oder 2009B werden 75 % des genannten RB-Satzes gewährt.

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistungen (BU-Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt, in Anteile von Investmentfonds umgerechnet, mit den Beiträgen verrechnet oder zur Finanzierung einer anfänglichen Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML) ab Beginn eingesetzt.

Die BU-Bonusrente ist ebenfalls überschussberechtig. Dabei muss bei Tarifwerken ab 2000 jedoch beachtet werden, dass die Relation zwischen erreichter BU-Bonusrente und erreichtem Bonus der Hauptversicherung nicht höher wird als die bei Vertragsabschluss vereinbarte Relation zwischen BU-Barrente und Leistung aus der Hauptversicherung. Eventuell dadurch verbleibende Restüberschüsse werden verzinslich angesammelt.

Das Ansammlungsguthaben bei verzinslicher Ansammlung ist ebenfalls überschussberechtig. Es wird derzeit mit insgesamt 3,75 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammen.

II. Anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML)

Wird bei einer **Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ)** eine Barrente mitversichert, so kann bei Abschluss vereinbart werden, dass bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung in % der tariflich vereinbarten Rente gezahlt wird. Die hierfür benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende eines Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile finanziert. Dabei dürfen die Barrente aus der BUZ und die aBUML zusammen die jeweils gültigen Höchstgrenzen für BUZ-Leistungen nicht überschreiten.

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Die aBUML kann für den Teilbestand Stuttgart vertragsindividuell bis zu 30 % betragen. Für den Teilbestand Mannheim sind die aBUML-Sätze für Tarifwerk 1977 abhängig vom Eintrittsalter und vom Geschlecht und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Eintrittsalter	BUZ Tarifwerk 1977	
	Männer in %	Frauen in %
bis 32 Jahre	54	85
von 33 bis 40 Jahre	35	59
von 41 bis 46 Jahre	33 $\frac{1}{3}$	59
von 47 bis 56 Jahre	33 $\frac{1}{3}$	33 $\frac{1}{3}$
von 57 bis 60 Jahre	33 $\frac{1}{3}$	33 $\frac{1}{3}$
ab 61 Jahre	33 $\frac{1}{3}$	33 $\frac{1}{3}$

Tarifwerke ab 2000

Wird bei einer **selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung (SBV)** eine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBÜML) gewünscht, so beträgt diese in Prozent der versicherten Leistung:

Berufsklasse	aBÜML (Top-) BUZ in %
I	100
II	60
III	10
IV	15
S	25

Weitere Überschussanteile werden bei der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung nicht gewährt.

Bei einer BUZ kann die aBÜML vertragsindividuell und tarif- bzw. berufsclassenspezifisch bis zu 100 % betragen.

In den Tarifwerken ab 2005 wird bei Entscheidung für die aBÜML nur der jeweils maximale Satz angeboten. Weitere Überschüsse werden nicht gewährt (analog zur SBV).

Berufsklasse	aBÜML (Top-) SBV in %
I	100
II	60
III	10
IV	15
S	25

Für die Top-BUZ der 1. und 2. Schicht im Sinne des AltEinkG erhöhen sich die oben aufgeführten Überschussanteilsätze für die aBÜML um fünf Prozentpunkte.

Bei Abschluss einer BUZ in Verbindung mit Risikotarifen werden 75 %, in Verbindung mit NZ-Tarifen werden 50 % der genannten Sätze gewährt.

B. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Mit Eintritt der Berufsunfähigkeit wird, je nach Vereinbarung, entweder sofort eine erhöhte Zusatzrente gewährt (versicherungsmathematische Berechnung auf Basis einer Gesamtverzinsung von 3,95 %, TW1994: 4,00 %) oder es werden die jeweils

am Ende eines Versicherungsjahres ausgeschütteten **Zinsüberschussanteile ZI** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BU-Rente (BU-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten aBÜML fällig wird.

Die BU-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte aBÜML sind wiederum überschussberechtigigt. Die unter Abschnitt A I) aufgeführten Zinsüberschussanteile werden dabei um die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,2 % des überschussberechtigten Deckungskapitals erhöht.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung der Hauptversicherung und mitversicherter Zusatzversicherungen werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet.

UNFALLZUSATZVERSICHERUNGEN (UZV)

Bei beitragspflichtigen Unfall-Zusatzversicherungen (UZV) auf der Basis der Sterbetafeln 1924/26 bzw. 1960/62 wird bei Tod durch Unfall ein Todesfallbonus in Prozent der UZV Summe gewährt:

UZV Beitrag in %	Todesfallbonus in %
1,5	56
1,2	25

Unfallzusatzversicherungen auf Basis neuerer Sterbetafeln erhalten keine Überschussbeteiligung.

RISIKOZUSATZVERSICHERUNGEN (RZV)

Risikozusatzversicherungen erhalten im Rahmen der laufenden Überschussbeteiligung die gleichen Überschussanteilsätze wie Risikoversicherungen. Die RZV zum Tarifwerk 1968 des Teilbestandes Mannheim erhält die gleichen Überschussanteilsätze wie die zugehörige Hauptversicherung.

Die Überschussanteile bei Risikozusatzversicherungen werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet oder verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Bei verzinslicher Ansammlung und Fondsansammlung gelten die gleichen Regelungen wie bei Risikoversicherungen.

Der Todesfallbonus beträgt in Abhängigkeit vom Tarifwerk und vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Tarifwerk	Erhöhungsprozentsatz	
	Männer in %	Frauen in %
1968	115	135
1987	110	110
1994	100	70
ab 2000	100	70

Bei Versicherungen auf verbundene Leben gilt für die Kombination Mann/Frau der Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

HINTERBLIEBENENRENTEN-ZUSATZVERSICHERUNGEN UND INTEGRIERTE HINTERBLIEBENENVERSORGUNG

A. Vor Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Zinsüberschussanteil ZI** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet.

Es gelten die folgenden Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	RZ in %	AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %
1949	3,00	3,00	0,75
1990	3,50	3,50	0,25
1994	4,00	4,00	-
2000	3,25	3,25	0,50
2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	1,00
2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,50

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden vor Rentenbeginn der Hauptversicherung verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Das Ansammlungsguthaben ist ebenfalls überschussberechtigigt und wird mit insgesamt 3,75 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem Ansammlungszins AZ und einem Ansammlungsüberschusszins ÜZ zusammen.

Nach Rentenbeginn der Hauptversicherung werden die jährlichen Überschussanteile zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente, die ebenfalls überschussberechtigigt ist) verwendet.

B. Nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Überschussanteil ZR** in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten – die ebenfalls überschussberechtigigt sind – aufzubessern.

Hierin ist eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,2% des überschussberechtigten Deckungskapitals bereits enthalten.

Bei Vereinbarung einer anfänglichen Rentenmehrleistung (aRML) erhöht sich die Rentenzahlung ab Rentenzahlungsbeginn der Hinterbliebenenversorgung (gemäß Ziffer II). Die hierfür benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschüsse finanziert. Der danach verbleibende Teil der Überschüsse dient dem Aufbau einer Bonusrente, welche auf die Rentenmehrleistung angerechnet wird.

I. Laufende Überschussanteile

Tarifwerke bis einschließlich 2004

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und laufendem Überschussanteilsatz (RZ + ZR) beträgt 4,05 %.

Tarifwerke ab 2004R

Tarifwerk	Geschlecht	ZR in %
2004R, 2005	M	1,55
	F	1,50
2007, 2008, 2009B	M	2,05
	F	2,00

II. Anfängliche Rentenmehrleistung (aRML)

Es kann ein individueller aRML-Prozentsatz vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SV Sparkassenversicherung
Löwentorstraße 65
D-70376 Stuttgart
Telefon 0711/ 898-0
Telefax 0711/ 898-1870

Verantwortlich:
Rechnungswesen

Konzeption, Artdirection und Realisation:
United Ideas, Stuttgart
Agentur für Kommunikation
www.united-ideas.com